

Bezugspreis: Für den Monat August 90.— M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 5. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Antwort an Poincaré.

Das Reichskabinett hat sich seit Ankunft der letzten ultimativen Note des französischen Ministerpräsidenten mehrfach mit der Rechtslage und den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pariser Antwort beschäftigt.

Ueber den Inhalt der Note weist der Sozialdemokratische Parlamentsdienst zu melden: Die Reichsregierung betont in ihrem Antwortschreiben vor allem nochmals ihren bisherigen Standpunkt und läßt anschließend wörtlich die Antworten der englischen und belgischen Regierung auf das Gesuch um Milderung der Ausgleichszahlungen folgen.

Paris, 4. August. (CP.) Die „Liberts“ sagt, daß die französische Regierung keine Erklärung über ihre Absichten abgegeben werde, bevor sie die erwartete deutsche Note erhalten habe.

Paris, 4. August. (CC.) Havas meldet aus Washington, daß die Funktionäre des Staatsdepartements (Außenministerium) der Ansicht sind, eine Verminderung der Reparationssumme, die Deutschland an Frankreich schuldet, sei unvermeidlich; denn sie sei viel zu hoch, um jemals bezahlt werden zu können.

Der englische Ministerpräsident hat in seiner letzten, von weitgehendem Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten getragenen Rede mit Nachdruck betont, daß Deutschlands Zusammenbruch eine Gefahr für die Welt bedeute.

Statt das zu berücksichtigen, hat man Deutschland geradezu sinnlos die wichtigsten Nahrungs- und Rohstoffquellen genommen, hat durch ungeheure finanzielle Lasten seine Währung zugrunde gerichtet.

mit Lloyd George zu reden, für Europa ebenfalls eine große Gefahr.

Rur dann kann Deutschland seinen ökonomischen und kulturellen Aufgaben zum Nutzen Europas gerecht werden, wenn nicht mehr versucht wird, aus außenpolitischen Gründen Leistungen zu erreichen, die weder der Kraft Deutschlands, noch der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Welt angemessen sind.

Englische Kritik an Frankreich.

London, 4. August. (WLB.) In Besprechung der Rede Lloyd Georges unterstreicht „Daily Chronicle“ die Stelle, wo der Ministerpräsident sagt, Großbritannien könne seinen Steuerzahlern nicht die gesamten Kosten der internationalen Schulden aufbürden.

Arthur Henderson erklärte gestern in einer Rede zu Heywood, die englische Arbeiterpartei genehmige die Note Balfours. Sie kritisiere aber, daß England für den Verzicht auf sein Guthaben den Verzicht Amerikas auf sein englisches Guthaben als Bedingung setzt.

Italien gegen Sanktionen.

Paris, 4. August. (WLB.) „Petit Journal“ teilt mit, der italienische Botschafter Graf Sforza habe gestern Poincaré den Standpunkt auseinandergesetzt, den die italienische Regierung auf der Londoner Konferenz vertreten werde.

Die Scheidemann-Attentäter verhaftet!

Der „Soj. Parlamentsdienst“ meldet: In Althammer bei Gielow wurden am Donnerstagabend zwei Männer namens Huserl und Dehlschlager auf Grund eines Haftbefehls der Staatsanwaltschaft durch die Schutzpolizei verhaftet und in das Gerichtsgefängnis Costel eingeliefert.

Nach LL. hatten sich die Verhafteten unter den Namen Wurm und Halber in Klein-Althammer aufgehalten. Berliner Kriminalpolizei hatte die Spur bis dort verfolgt und bewirkte nach Umstellung des gesamten Dorfes mit Schupo und Landjägern die Festnahme der beiden Attentäter.

Ob man die Richtigkeit gefaßt hat, scheint noch nicht ganz sicher. Allerdings spricht eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß sich die Attentäter gerade nach Oberschlesien gemanekelt haben könnten.

Die Labour Party.

Von Dr. Charlotte Bütkens.

Die durch die wirtschaftlich unsinnigen Bestimmungen des Friedensvertrages und ihre Konsequenzen geschaffene allgemeine Notlage sowie Unsicherheiten und Reibungen, wenn nichts Schlimmeres, im Innern beherrschen heute das öffentliche Leben aller Nationen — das eine vielleicht die Folge des anderen, beide Erscheinungen kehren derselben Medaille. Ist es in den besiegten Ländern die unabsehbare Verschlechterung der Währung, wohnsinnige Preissteigerung und damit ein wirtschaftliches Elend, mit dem auch die zahlenmäßig größten Lohnsteigerungen nicht Schritt halten können, so sind es bei den Siegern Abfahrschwierigkeiten für ihre durch die Vorkriegszeit übermäßig teuren Waren, also Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit — beide Male also eine Depression des Erwerbslebens, die bitter auf den arbeitenden Massen lastet und auch sonst die soziale Schichtenverteilung überall völlig aus dem Gleichgewicht bringen muß.

Unter dem Eindruck dieser Erkenntnisse stand auch der Parteitag, den die englische Labour Party vor einigen Wochen in Edinburgh abhielt. Neben der wirtschaftlichen Depression war es die Frage des Ob und Wann von Neuwahlen und des Verhaltens der Partei dabei, die die Diskussion beherrschte.

Die Resolutionen des Parteitags zur Außenpolitik, darunter eine sehr scharfe Verdamnung des Versailler Vertrages als der „tödtlichsten und verderblichsten Lüge der Weltgeschichte“, decken sich mit der von allen Einsichtigen und wahrhaft weltwirtschaftlich und international Denkenden geforderten Aenderung der Gesamtrichtung der Ententepolitik, so wie sie auch die Zweite Internationale und der Internationale Gewerkschaftsbund wiederholt verlangt haben.

Seit 1918 hat sich die Stimmenzahl für die Partei in 49 Wahlen auf das Doppelte gesteigert, die Partei hat heute 74 Unterhausitze, gegen 62 im Dezember 1918, die Mitgliederzahl beträgt heute 4010 361 gegen 375 931 im Jahre 1900, darunter zirka 100 000 weibliche Mitglieder. Der Abgang von 340 000 Mitgliedern gegen das Vorjahr erklärt sich aus der finanziellen Notlage vieler Gewerkschaften — und diese bilden den Hauptstamm der Labour-Party-Mitglieder — er fällt gegenüber den Wahlerfolgen nicht ins Gewicht.

Der Parteitag faßte zunächst den Beschluß, in der Wahlkampagne jegliches Zusammengehen mit einer anderen Partei, in Betracht kämen die unabhängigen Liberalen, zu verneinen. Der neugewählte Parteivorsitzende Sidney Webb, der bekannte Theoretiker der englischen Sozialisten und Führer der Fabier, erklärte, daß er auch nachher jede Koalition „für Selbstmord“ hielte, und man muß annehmen, daß auf seinem Standpunkt auch der übrige Parteivorstand stehen wird.

Weissen, vollauf um sich weiter, wie schon im letzten Jahr, organisatorisch zu konsolidieren, sicherlich auch stark unter dem Eindruck der Stimmung, aus der heraus Henderson einmal in einem Interview mit dem „Vorwärts“ äußerte: „Wir haben jetzt genug von den Koalitionen.“ Doch ist diese Ablehnung der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien keineswegs als Ausdruck eines unbesonnenen Linksradikalismus anzusehen — im Gegenteil erklärte sich die Labour Party in der Verwerfung eines Antrags gegen die Beteiligung ihrer Mitglieder am Kronrat (Privy Council) durchaus als Verfassungspartei und Gegnerin eines gewaltsamen Umsturzes.

Ganz eindeutig stellte schließlich der Edinburgher Parteitag die gemäßigte Stimmung der Labour Party fest gelegentlich der Abstimmung über den Antrag, die Kommunisten aufzunehmen. Mit über zehnfacher Mehrheit, mit 3 068 000 gegen nur 261 000 Stimmen wurde wie schon vom vorigen auch vom diesjährigen Parteitag die Aufnahme der kommunistischen Partei abgelehnt. Der Führer der Bergarbeiter, Frank Hodges, wie das Haupt der Independent Labour Party, die der Wiener Gemeinschaft angeschlossen ist, Ramsay MacDonald, treten besonders scharf gegen die Kommunisten auf; Hodges nannte sie treffend „Skaven Moskau“. Auch gegen Kämpfer nach rechts, den noch immer von der Kriegspolizei besessenen Führer des Seelenteverbandes, Havelock Wilson, sprach sich der Parteitag aus und fixierte die besonnene Linie der Labourpolitik so gegen rechts wie links. Die Vorkämpfer der Labour Party gegen die radikale Sozialdemokratie, die zu dem mit ihren etwa 10 000 Gefolgsleuten Moskauer gegenüber den 4 Millionen der Labour Party, der größten Partei der Zweiten Internationale, eine recht klägliche Schar darstellten.

Der Parteitag bewies, daß die Partei, ohne sich schwärmen den Hoffnungen über die Reichweite ihrer eigenen politischen Arbeiten in diesem Augenblick hinzugeben, innerlich gefestigt dasteht. So kann sie im Bewußtsein der eigenen Kräfte und Möglichkeiten abwarten, welche Rolle ihr im Spiel der großen Weltpolitik zufallen wird — in der klaren Erkenntnis, daß von ihrer politischen Fähigkeit viel für das Geschick des eigenen Landes wie der Welt überhaupt abhängt, nicht zuletzt für ihre deutschen sozialistischen Freunde.

Die Lerchenfeld-Koalition.

Schärfstes Mißtrauen der Sozialdemokratie.

Kofe ist in Lerchenfeld wieder aufgefunden. Als Kofe ging und Lerchenfeld kam, wurden die Deutschnationalen, die sich in Bayern „Mittelpartei“ nennen, aus der Regierung ausgeschafft und Lerchenfeld selbst besetzte den von deutschnationalen Justizminister Roth verlassenen Amtsstuhl. Nach der neuesten Krise haben die Demokraten ihren Handelsminister zurückgezogen. Um so eifriger strebten deshalb die Deutschnationalen nach einem Ministerposten. Sie sehen sich am Ziel ihrer Sehnsucht, Lerchenfeld hat einen ihrer Anhänger, den Oberregierungsrat Guertner, zum Justizminister ernannt. Und der Landtag hat, wie der Präsident feststellte, diese Ernennung widerspruchlos zur Kenntnis genommen. Womit sie rechtsgültig geworden ist.

Der Widerspruch, der hier vermifft wurde, kam aber unmittelbar darauf um so schärfer zum Ausdruck. Vor der Abstimmung über das Finanzgesetz gab nämlich der Abgeordnete Timm (Soz.) namens seiner Parteifreunde die Erklärung ab, daß sie gegen das Finanzgesetz stimmen; nach parlamentarischen Grundsätzen wollte die Partei dadurch ihr schärfstes Mißtrauen gegen die augenblickliche bayerische Staatsregierung zum Ausdruck bringen, die in einer Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Not eine die Reichseinheit bedrohende, die Ziele Frankreichs bedrohende, jeden kulturellen Fortschritt vernichtende Politik betreibt.

Der Redner erhielt einen Ordnungsruf. Der Abgeordnete Krumm (USP.) schloß sich der Erklärung des Abgeordneten Timm vollständig an, weshalb er vom Präsidenten ebenfalls zur Ordnung gerufen wurde.

Kinder im Park.

Von Egon H. Straßburger.

Die alte Jungfer denkt: Sind diese Kinder lieb und nett? Entschieden sind diese Kinder nicht den bunten, seidenen Schleifen, mit dem frohen Lachen in den sonnigen Augen. So und nur so ist der Frühling denkbar!

„Kleine, wie heißt du denn?“
„Ich heiße Irma, aber meine Schwester heißt Ida.“
„Kleine, wie alt bist du?“
„Sechs Jahre werde ich.“
„Wißt du dich zu mir setzen? Wir wollen uns etwas erzählen.“
„O nein, das darf ich nicht; Mama hat mir's verboten. Ich darf nur mit Kindern Freundschaft schließen, aber nicht mit so alten Damen.“

Die Kleine knickt und entsetzt. Die alte Dame sieht verlassen wie eine zornende Bulldogge da und wackelt bedächtig mit dem Alltagsfernrohr.

„Gott sei Dank, daß ich ledig und ohne Kinder geblieben bin.“
Ihr Binscher blüht zu ihr, wie tröstend, empor. Sie faßt ihn zärtlich an und drückt ihn leidenschaftlich an ihr Herz, das von einem eisernen Blutstrom durchflossen wird.

Die Sonne ohne Stellung.

Hm! Kinder!
Kinder!
Weshalb gibt es eigentlich so sehr viele Kinder!
Ganzhaft dieselbe Überfüllung!
Und nun sage ich trotz dieser Überfüllung hier, Stellung möchte ich haben... aber wo? Die alte Herrschaft hat mich entlassen, weil ich mehr hang zu einem Doktor hatte als zur Irene.
Unter uns gesagt, was geht mich Irene an? Der Doktor hätte mich heiraten können, ich wäre versorgt gewesen. Als Sonne kann man hundert Jahre alt werden und man ist noch nicht versorgt.

Kinder! hm! Kinder!
„Verzeihen Sie, liebes Fräulein, möchten Sie mir wohl sagen, wie spät es ist?“
„Warum willst du es wissen?“
„Weil ich in die Schule muß!“
„Warum hast du deine Mutter nicht gefragt?“
„Mutter ist verreist.“
„Und der Vater?“
„Im Bureau.“
„Und die Schwester?“
„Ich habe keine Schwester, keine Brüder.“
„Ich weiß es nicht. Geh' mein Kind!“
Die Erbarme ist zu träge dazu, auf ihrer Uhr nachzusehen. Sie meint, sie sei keine Kunststiel und sie freut sich, wieder einmal ihre Überlegenheit bekundet zu haben.
Sonne außer Stellung!

Wenn durch solche Ordnungsgriffe die Welt kurlert werden könnte, wäre die Lerchenfeld-Koalition sicher selbst längst zur Ordnung gerufen worden.

Vor der Reise nach Berlin.

München, 4. August. (Eig. Drahtbericht.) Mit dem Eintritt der Bayerischen Mittelpartei in die Regierungskoalition und deren Vertrauensmann Regierungsrat Gürtner in das Justizministerium sind in Bayern neue Wege der Politik eingeschlagen worden. Gürtner ist bisher im politischen Leben noch nicht hervorgetreten. Er hat die übliche Beamtenlaufbahn hinter sich, ist Reserveoffizier gewesen und der richtige Repräsentant des alten Regimes. Durch seine Ernennung ist das Regime wahr wieder zu neuem Leben erweckt worden. Das neue System wirkt sich bereits in der Bestätigung der bayerischen Verordnung zum Schutz der Republik durch das oberste Landesgericht aus. Der „Staatsanzeiger“ erklärt, daß mit dieser Bestätigung die Verordnung von jetzt ab für die bayerischen Gerichte im rechteheinischen Bayern maßgebend sei. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ schreibt zu dem Brief des Grafen Lerchenfeld an den Reichspräsidenten: „Es ist unmöglich für Bayern, seine Notverordnung aufzuheben, seine Staatsregierung in Bayern könnte diese Verantwortung auf sich nehmen. Die Mehrheit des bayerischen Volkes ist der Auffassung, daß jetzt oder nie der Kampf durchgeföhrt werden muß, ob das Deutsche Reich Einheitsstaat werden soll oder nicht.“

Es ist unverstänlich, wie Graf Lerchenfeld mit einer derartigen Regierung im Rücken sich mit der Reichsregierung einigen will. Schon werden in der Bayerischen Volkspartei Stimmen laut, die sagen, daß Lerchenfeld weg müsse.

Preger reist nach München.

München, 4. August. (MVB.) Der „Bayerischen Staatszeitung“ zufolge, ist der bayerische Gesandte in Berlin von Preger zur Berichterstattung über den weiteren Gang der Verhandlungen mit Berlin hier eingetroffen. Der Reichsernährungsminister Fehr und der Reichswehrminister Gehler werden morgen hier eintreffen.

Bayern und das Reichsgetreidegesetz.

München, 4. August. (MVB.) Im bayerischen Landtag gab heute ein Regierungsvertreter die Erklärung ab, daß die Staatsregierung das Reichsgetreidegesetz für 1922/23 in Bayern durchzuführen werde. Die bayerische Regierung hofft, daß die bayerische Bauernschaft der Umlagepflicht, wenn auch widerwillig, aber mit Rücksicht auf die sich verschärfende Notlage vieler Volksteile doch erfüllen werde.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Um ein volles Drittel im Juli.

Die auf Grund der Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juli auf 4990 gestiegen, gegenüber 3778 im Monat Juni. Die Steigerung ist diesmal außerordentlich groß. Sie beträgt 32 Proz. gegen 9,2 Proz. vom Mai auf Juni. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten allein stellt sich im Durchschnitt des Monats Juli auf 6836. Die Steigerung von 33,5 Proz. gegenüber dem Vormonat ist demnach nicht viel höher als die der Gesamtausgaben.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben die der Wertminderungserscheinung ständlg folgenden sprunghaften Preissteigerungen sämtlicher in die Erhebung einbezogenen Lebensbedürfnisse (mit Ausnahme der Wohnungsmiete) beigetragen, besonders auch die hohen Preise für Kartoffeln neuer Ernte.

Der Fortschritt der Teuerung ist sowohl in den Großstädten wie in den mittleren und kleineren Städten wenig einheitlich; in keiner Erhebungsgemeinde ist indessen die Teuerung gegenüber dem Vormonat um weniger als 20 Proz. gestiegen.

Eine harrende Mutter.

Drei Uhr! Um 1/3 Uhr wollte Agathe hier sein. Ob ihr etwas zugefallen ist.
Sie liest in der Zeitung. Da fällt ihr Blick auf eine Stelle, die sie erschauern macht:

„Ein sechs Jahre altes Kind von einem Unhold verschleppt... Ihre Augen kleben auf dieser Stelle wie gebannt stehen. Das Näherwert ihres Gehirns rast; die Schläfen vibrieren, der Körper zittert, sie wechselt die Farben: weiß — rot — weiß — rot!“

Ob es ihr Kind ist? — Kaum wagt sie zu denken; sie sieht da wie eine Wachfigur. — Plötzlich kehrt der Verstand wieder, sie hält eine Zeitung von vorgestern in der Hand... sie ist ja tödlich. Agathe ging um 9 Uhr von Hause weg und um 2 Uhr war Schulstluß.

Aber wenn dieser Unhold weiter mühen möchte, wenn er... Agathe! Agathe!...

Sie schaut auf die Uhr: es ist 1/4 in 5 Minuten! Sie faßt in ihrer stillen Ennselt inbrünstig die Hände:

„Ueber Gott, mach, daß Agathe gleich zu mir kommt, ich sterbe sonst... Der Unhold — Heber Gott!“

Der liebe Gott hörte nicht; Agathe kam nicht. Von Minute zu Minute wurde sie erregter. Sie war um 3 1/2 Uhr eine halbe Leiche; sie war nahe daran, sich in den Teich zu werfen, wo sehr vergnügt die Enten ihren Frühling genießen.

„Vater im Himmel, o warum habe ich ein Kind?“ Ihr Blick starrte in die feinen Wölckchen, die sich mit dem Vogelflug vermischten.

Und sie rief um 4 Uhr: „Agathe! Agathe!“ Alles staunte und dachte, diese Frau ist nervenkrank.

Da kam sehr vergnügt Agathe um die Wegbiegung und statt jeder Empörung und Entrüstung lächelten ihre Augen dankbar und zufrieden dem Kind entgegen.

So sind einmal unsere Mütter...
Der Luftkrieg — der Krieg der Zukunft. Hoffer, der bekannte holländische Flugzeugkonstrukteur, der das Feld seiner Tätigkeit jetzt nach Amerika verlegt, hat bei der Durchreise in London eine Unterredung mit dem Vertreter eines dortigen Blattes. Er gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Zukunftskrieg so gut wie ganz durch die Luftwaffe entschieden werden würde. „Das Land, das über die stärkste Luftflotte verfügt“, erklärte er, „wird die Offensive eröffnen und dadurch gleich von vornherein im Vorteil sein. Luftangriffe auf Städte werden dazu führen, daß diese von den Bewohnern geräumt werden. Man wird den Angriff mit Gas- und Rauchbomben eröffnen, denen Explosiv- und Feuerbomben folgen werden. Die wichtigsten Punkte, die Eisenbahnen, Munitionslager, Regierungsgebäude werden das Hauptziel der Angriffe und insolge dessen den Mittelpunkt der Verteidigung bilden. Das einzige Mittel, die Luftflotte zu bekämpfen, besteht in der Schaffung einer starken Verteidigungsflotte. Es ist die Pflicht jeder Nation, sich zum Verteidigungszweck in der Luft so stark wie möglich zu machen. Der Krieg kann nicht durch Friedenskonferenzen aus der Welt geschafft

Dr. Wirth ist nicht erwünscht!

In der „Schwäbischen Arbeiterzeitung“, dem Organ des Württembergischen Landesverbandes der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, schreibt auf verschiedene Anfragen Arbeitersekretär, Reichstagsabgeordneter Andre, u. a.:

„So lange die Bayerische Volkspartei im Verein mit der bayerischen Regierung systematisch den Kontakt mit dem Reich sucht und den Trennungsgestrich zwischen dem Reichszentrum und der Bayerischen Volkspartei immer noch mehr zu verbreitern und zu vertiefen sich bemüht, und so lange die wahren und legitimen Absichten über das eigentliche Ziel der derzeitigen bayerischen Politik nicht klar zu erkennen sind, tun wir meines Erachtens gut daran, von unseren Leuten keine zu großen Opfer wegen des Besuches des diesjährigen Katholikentages zu verlangen. So ist mir persönlich bekannt, daß man in München nicht gerade wünscht, daß der Reichskanzler Dr. Wirth am Katholikentag teilnimmt. Wer unter der Politik Wirths steht, wird gut daran tun, die Konsequenzen zu ziehen und ebenfalls wegzubleiben. So ist es eben jetzt. Deutschland ist Pharisäer und andere „gute“ Katholiken vertreten nach kategorischer Auffassung gegenwärtig die Interessen der deutschen Katholiken, nicht aber das Reichszentrum und Dr. Wirth!... Mit den bayerischen Methoden wird der große Gedanke der Abhaltung deutscher Katholikentage sicher nicht gefördert, sondern sehr gefährdet! Das aber wäre für den deutschen Katholizismus schämlich... Das Geld wird im Arbeiterhaushalt in diesem Herbst für nützlichere Sachen gebraucht werden.“

Kampf um die Regierungspräsidenten.

Nach der preussischen Verfassung hat die Ernennung von Regierungspräsidenten „im Einvernehmen“ mit den Provinzialparlamenten zu erfolgen. Diese Bestimmung, die eine gewisse Mitwirkung der Provinzen an der Staatsoberverwaltung garantiert, wird jetzt von einzelnen Provinzialparlamenten dazu benutzt, um die vom Staatsministerium beschlossene Neubesetzung einer Reihe von Regierungspräsidenten zu hintertreiben.

So hat der Provinzialparlament von Münster (Westfalen) sein Einvernehmen mit der Ernennung des Landrats Dr. Romberg aus Düren verweigert, bis Klarheit über die Partizipation (N) Dr. Rombergs geschaffen sei. Besonders heftig aber geht der Kampf um das Regierungspräsidium von Koblenz. Dort war ein Sozialdemokrat in Aussicht genommen, der bisher in anderer staatlicher Stellung im Rheinland tätig war. Gegen ihn wird jetzt die Zentrumsoffensive zum Kochen gebracht, weil er angeblich Aufhebungen gemacht haben soll, die die religiösen Gefühle der katholischen Bevölkerung verletzen. Manche katholischen Blätter im Rheinland stellen die Dinge so dar, als ob der in Aussicht genommene Genosse Bau necht wie ein Gotteslästerer in katholischen Versammlungen herumspaziere.

Das sind selbstverständlich Übertreibungen, die lediglich einem bestimmten Zwecke dienen. Man will augenscheinlich für die Zentrumspartei die katholischen Herrschaften nur allzuleicht, wie es früher mit ihnen stand. Im württembergischen Zellstall war es Mode, daß alle leitenden Stellen im Rheinland mit protestantischen Nicht-Rheinländern besetzt wurden. Die Regierungspräsidenten in den Bistumsstädten waren sogar mit besonderen Anstrichungen versehen, wie sie sich als Stellen zur Überwachung der Bischöfe zu betrachten hätten. Es gab Landratsämter in katholischen Gegenden, wo über die Kreis- und Kreisaußensekretäre herab bis zum Gendarmen und Kreisboten kein Katholik zu finden war. Und wenn schließlich ein zweiter, katholischer Kreissekretär angestellt werden mußte, kamen alle sekretarischen Akten (Personalakten) in den Bereich des evangelischen Herrn.

Als wirklich einmal ein katholischer Oberpräsident ernannt wurde (v. Schorlemer-Beser), da mußte er sich erst durch Zentrumseindlichkeit die wirkliche Anerkennung verschaffen. Daß das jetzt anders geworden ist, daran hat nicht zuletzt die Sozialdemokratie Verdienst. Um so weniger ist es verständlich, wenn die Zentrumsherrschaften in den katholischen Gegenden die Sozialdemokratie von der Befetzung der leitenden Stellen ausschließen wollen. Das Ministerium hat das Recht, die Regierungspräsidenten auch ohne Einverständnis der Provinzialparlamente kommissarisch zu besetzen. Es wird hoffentlich davon Gebrauch machen.

werden, sondern nur dadurch, daß man die Luftpasse so unübersteiglich und stark wie möglich macht, und deshalb ist es nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet: Die Entwicklung des Flugzeuges ist der Beginn des Endes der Kriegsmöglichkeiten.“

Hoffer macht natürlich für sein Geschäft — den Luftkrieg — Reklame; aber was er dabei über starke Rüstungen als Verhinderer der Kriege sagt, ist ein durch den letzten Krieg völlig widerlegter Unsinn.

Bell und das Telephon. Der oben verstorbene Professor Graham Bell, der das Telephon in die Praxis eingeföhrt hat, erzählt: „Als mich im Jahre 1877 oder 1878 die Direktoren der damals eben organisierten National-Kompagnie befragten, was ich von der Zukunft des Telephons halte, erzählte ich einen stürmischen Heiterkeitsanfall, als ich ihnen in einem schriftlich ausgearbeiteten Exposé ein Bild des zentralen Vermittlungssystems entwarf, wie es heute besteht. Ich erschien den Herren als ein unverbesserlicher Illusionist, und mein Exposé hat häufig genug als schlagkräftiger Beweis für den Großmühsamkeit eines Erfindes herhalten müssen.“

Am 11. August 1876 unternahm sich Graham Bell von Bradford aus zum ersten Male durch den Draht mit Mount Pleasant über eine Entfernung von 9 Kilometern. Im Oktober des gleichen Jahres sprach man schon von Boston nach Cambridge, im Februar 1877 von Chicago nach Milwaukee und vier Wochen später über die 457 Kilometer lange Strecke von Chicago bis Detroit. Damit hatte Graham Bell praktisch das vollendet, woran vor ihm jahrzehntlang neben Philipp Reis die verschiedensten Forscher gearbeitet hatten. Im übrigen hatte Bell insofern großes Glück, als er in einem Millionenprozess, in dem andere Erfinder ihm die Priorität streitig machten, vor dem höchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten ein obliegendes Erkenntnis erstritt. Namentlich in Amerika entwickelte sich das Telephon riesenhaft schnell. Am 25. Januar 1878 wurde schon das erste städtische Fernsprechnetz in New Haven dem Verkehr übergeben, und schon drei Jahre später gab es in den ganzen Vereinigten Staaten kaum mehr eine Kleinstadt, die nicht schon ihr Telephonnetz hatte. In Deutschland war es neben Stephan in erster Linie der verstorbene Emil Rathenow, der die ungeheure Bedeutung dieses Verkehrsmittels erkannte und Stephens anfängliche Abneigung gegen die Einrichtung eines Fernsprechnetzes in Berlin zu belegen wußte. Schuld an dieser Abneigung des damaligen Generalpostmeisters war freilich die Teilnahmlosigkeit der Berliner Geschäftswelt, von der anfangs kaum ein paar Duzend Anschlußanmeldungen zu bekommen waren. Am 12. Januar 1881 wurde als erstes in Deutschland das Berliner Fernsprechnetz dem Verkehr übergeben.

Fische und Enten. Ein Herr Keesel in Hamburg, der als erfahrener Angler bezeichnet wird, macht in einer Zeitschrift Mitteilungen aus der Vogelwelt: Mitteilung von einem Geheiß, das anscheinend vielfach falsch gedeutet werden kann. Keesel sah über einen Teich, der keine Verbindung mit anderen Gewässern hatte, eine Wildente. Später legte er im Dorfe die Ente in ein Wassergerüst. Dabei sahen aus dem Gestrüch des tota Vogels 274 Stück stopfnadelartige Glasale von 4 Zentimeter Länge, gewissermaßen Kalbrut, hervorzutreten. Er erinnerte sich dabei, daß er ebenso in Amerika auf dem Lorenzoström einmal ein ähnliches Erlebnis mit einer dort erlegten Polarente hatte. Von anderer Seite wird anlässlich dieser Fälle angeregt, weitere Untersuchungen anzustellen,

Sonntägliche Wanderziele.

Das Ländchen Friesack.

Vom letzten Hauptbahnhof fahren wir mit der Hamburger Fernbahn bis Friesack. Vom Bahnhof führt südlich durch das havelländische Luch eine Ebnendalle in 1/2 Stunde zum Städtchen Friesack. Burg und Stadt wurden von den in das Havelland vordringenden deutschen Kolonisten hart am Nordrand des Inselartig aus dem Luch aufragenden „Ländchens Friesack“ zur Sicherung des Weges angelegt, der durch die jumpfige Talniederung zwischen dem Hau-Land und den Ländern Bessin und Ruppiner führte. Die Burg Friesack lag auf einer künstlichen Anhöhe, die man am Eingang der Stadt, sobald man die Rheinbrücke erreicht hat, erblickt. Die Burg wird bereits 1218 urkundlich erwähnt. 1414 eroberte sie Friedrich I. im Kampf gegen den Ruppiner Dietrich von Quitow mit Hilfe der „faulen Grete“. Jetzt steht auf dem Burggelände das aus Fachwerk errichtete Herrschaftshaus mit einigen schönen Platanen vor dem Eingang. Die Stadt Friesack macht einen lauberen, freundlichen Eindruck. Friesack wurde sie von Bränden heimgeschlagen, besonders 1702 und 1841. Die älteren Gebäude und die Dokumente wurden hierbei ein Raub der Flammen.

Von der Kirche wandern wir nach Osten zur Stadt hinaus. An der Chaussee nach Bietzen liegt der Friedhof. Von hier führt die Bergpromenade zum Mühlenberg, südlich der Stadt. Sie gewährt einen hübschen Blick auf Friesack und das weit ausgebreitete havelländische Luch, das einen Teil des großen Berliner Urstromtals bildet. Wir kommen zum Südausgang der Stadt und folgen der nach Westen führenden Chaussee. Nach 2 Minuten links ab, auf dem alten Rathenower Weg zum Wald und in der Nähe des Waldrandes weiter durch ziemlich hügeliges Gelände. In einer Wegabelung nach etwa 40 Minuten halbwegs ab, zwischen dem 77 Meter hohen Langeberg (links) und den 80 Meter hohen Buchenberg (rechts) hindurch, dann über eine Chaussee und nun bald außerhalb des Waldes nach Haage. In nordöstlicher Richtung gehen wir zum Dorf hinaus, kreuzen bald die Chaussee nach Friesack und kommen an Bechardinenhof vorbei nach Bräditow, das am Ostend des Ländchens Friesack liegt.

Von der Kirche in Bräditow wandern wir nach Osten und später rechts ab zum havelländischen großen Hauptkanal, der das Havelland entwässert. Wir überschreiten den Kanal und bald darauf die Kleinbahn Rathenow — Paulinenaue und sind nun im nördlichen Teil der Bessiner Heide, die zahlreiche Dünen aufweist. Nach kurzer Wanderung haben wir Paulinenaue erreicht und treten von hier die Heimfahrt an. Um das Fahrgeld zu verbilligen, benutzen wir auf der Strecke Berlin — Rauen und zurück den Vorortzug. Weglänge 24 Kilometer.

Fürstenwalde — Rauen.

Von den Bahnhöfen der Stadtbahn fahren wir mit dem Vorortzug über Erkner (umsteigen) nach Fürstenwalde. Die Stadt ist im 13. Jahrhundert dort entstanden, wo zur Zeit des Vordringens der asanischen Markgrafen die Waren, die man auf dem Wasserwege die Spree flussaufwärts führte, umgeladen und zu Land in der Richtung nach Frankfurt weitergeschickt wurden. Der erste urkundliche Hinweis kommt von 1272. Als günstiger Umstand kam dazu, daß gerade hier die Hochflächen südlich und nördlich des Spreetals verhältnismäßig nahe zusammenstoßen und die Spree sich in mehrere Arme teilt. So hat sich an dieser Stelle ein geeigneter Nebengang für die von Norden nach Süden und in umgekehrter Richtung kommenden Handelskarren. Bei Fürstenwalde lagen ähnliche Verhältnisse vor wie bei Berlin.

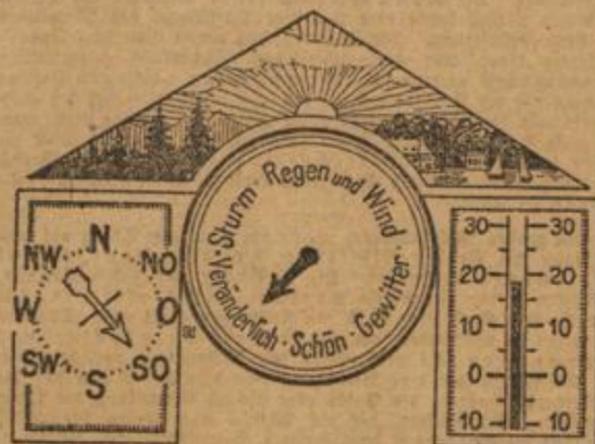
Wir wandern an den Mühlen vorbei nach Keilschendorf. Das langgestreckte Dorf besteht aus den Teilen Neu- und Alt-Keilschendorf. Vom Südbende des Orts folgen wir dem Wege nach Petersdorf. Er steigt allmählich aus der weiten Ebene des Spreetals, das ein Teil des Berliner Urstromtals ist, auf die Höhen, die das Tal im Süden begrenzen. Die Höhen gehören einem eiszeitlichen Endmoränenzug an; ihr Kern besteht aus tertiären Schichten, er wurde also in dem erdgeschichtlichen Zeitabschnitt gebildet, der der Eiszeit voranging. Braunkohlen und feine Sande, die Formlande, bilden die Schichten. Rechts vom Wege liegt die Braunkohlengrube „Konsolidiert Gnadenreich“ sowie umfangreiche Formlandsgruben. Der Formland wird zur Herstellung von Gussformen in den Metallgießereien verwandt. Nach links blicken wir

über den Petersdorfer See, der in einer Talsenke liegt, die sich zum Schornsteintal im Süden fortsetzt; sie bildet eine eiszeitliche Schmelzwasserflut. Dahinter ragen die Soldatenberge und die Dubrowberge auf, die den Südrand des Spreetals begleiten. Wir gewinnen den Eindruck, in einer mitteldeutschen Gebirgslandschaft zu sein.

Am Beginn von Petersdorf wenden wir uns sogleich nach rechts in nordwestlicher Richtung auf die Rauenischen Berge. Sie sind mit prächtigem Wald bedeckt, und ein dichter Teppich von Blaubeerkraut bedeckt den Waldboden. Auf der Höhe der Berge liegen die Markgrafensteine, der große und der kleine, die zu den größten Wanderbänken ober Irllingen gehören, die das nordische Inland nach Norddeutschland gebracht hat. Der kleine Markgrafenstein ist noch völlig erhalten, während von dem großen im Jahre 1826 etwa ein Drittel abgesprengt wurde. Hieraus ist die große Schüssel vor dem Alten Museum in Berlin hergestellt worden. Die Rauenischen Berge erheben sich bis 148 Meter über den Meerespiegel oder 110 Meter über die Spree.

Am Steinernen Tisch darüber, der ebenfalls von dem abgesprengten Stück des Steines stammt, steigen wir hinab nach Rauen. Wir wandern durch das Dorf und auf der Chaussee zu den Mühlen von Fürstenwalde. Der Rückweg zum Bahnhof führt uns nochmals durch die Stadt. Weglänge 18 Kilometer.

Wie wird das Sonntagswetter?



In den ersten Tagen dieser Woche fanden, während ein in der Nähe von Island aufgetretener, weit nach Süden ausgedehnter Tiefdruckgebiet langsam ostwärts vordrang, in Deutschland nach stärkerer Erwärmung zahlreiche Gewitter und zum Teil sehr ergiebige Regenfälle statt. Bis Montag früh fielen beispielsweise in Bremen 81, in Hamburg 92, von Montag bis Dienstag morgen in Frankfurt a. O. 24, in Künstlin 19 Millimeter Regen. Dabei erhoben sich ziemlich frische West- bis Nordwestwinde, unter deren Einfluß die Temperaturen wieder allmählich herabsanken. Seit Dienstag vormittag kamen hauptsächlich nur in Bayern und Württemberg sowie nordöstlich oder östlich der Nordsee Niederschläge vor, die in Marienburg am Mittwoch vormittag von einem Hagelbeschlag begleitet waren. Am Mittwoch morgen wurden in München 24, in Nördlingen 30, in Friedrichshafen 31, am Donnerstag in Deutsch-Krone 48 Millimeter Regen gemessen, doch auch in den übrigen Gegenden blieb das Wetter ziemlich trübe und für die Jahreszeit kühl. Jetzt ist vom Biscayschen Meer ein Hochdruckgebiet nach Mitteleuropa gelangt, wo sich daher der Himmel größtenteils aufgeklärt hat, und es wird vielleicht etwas länger in der Nähe verweilen, obschon sich ein neues atlantisches Tief langsam den britischen Inseln zu nähern scheint. Bei schwachen, veränderlichen, vorherrschend südöstlichen Winden haben wir daher für Sonnabend und Sonntag vielfach helteres, in den Mittagsstunden ziemlich warmes Wetter zu erwarten. Dazwischen dürfte allerdings die Bewölkung wieder zunehmen. Jedoch sind erhebliche Niederschläge nicht wahrscheinlich.

Die Wohnungsnot.

Mit Entsetzen erleben wir heute die Folgen der überhäufteten Niederreife der Zwangswirtschaft für Lebensmittel. Der Preisterror tritt die Schwachen rückwärts nieder. Der alles unterminierende Egoismus der Besitzenden hat aber noch nicht genug. Er will auch die Wiedereinführung der freien Wirtschaft im Wohnungswesen erzwingen. Freie Wohnungswirtschaft würde für die deutsche Wirtschaft die Katastrophe bedeuten. Unruhen, Streiks, gigantische Lohnkämpfe wären die unvermeidliche Folge.

Es ist Zeit, daß Mittel beschafft werden, um den Wohnungsbau zu fördern, der durch die neue Leuerung in kurzer Zeit sehr leicht völlig zum Stillstand kommen kann. Die Baukosten sind ungeheuerlich gestiegen. Ein einfaches Arbeiterwohnhaus wird bald zweihunderttausend Mark, eine Durchschnittsvilla bald eine Million, und ein Mietwohnhaus 10, 15 oder 20 Millionen kosten. Gewaltige Mittel sind nötig. Aber woher nehmen? Verschiedene Wege werden hier vorgeschlagen: Zunächst Erhöhung der heutigen Wohnungsabgabe! Diese Erhöhung ist recht unbeliebt bei den Mietern, die bis an den Hals in der Sorge für Nahrung und Kleidung stecken. Aber der kluge Mieter wird doch verstehen, daß eine Erhöhung der Wohnungsabgabe noch immer besser ist als schrankenloser Wohnungswucher, durch den Familien mit vielen Kindern einfach auf die Straße gesetzt werden. Ferner werden Maßnahmen gegen den Baustoffwucher empfohlen. Eine ganz gute Sache. Doch versprechen wir uns davon keine Wunder! Schließlich wird die Förderung der sozialen Baubetriebe angeregt. Das ist zu begrüßen. Wir vermüssen sehr eine kräftige Propaganda für die sozialen Baubetriebe. Die kapitalistischen Gegner der sozialen Baubetriebe schlafen nicht und sind kräftig an der Arbeit, diese vielversprechenden sozialen Betriebe zu verärfen. Zuweilen hat eine Stadt für die Not und die Notwendigkeiten der Zeit Verständnis. So hat Frankfurt am Main am 8. Juli beschlossen, sich mit einer Million Mark Stammkapital an der Frankfurter Bauhütte zu beteiligen. Es gibt aber noch viele Gemeinden, die nichts von den sozialen Baubetrieben wissen wollen.

Die Wohnungsnot ist eine internationale Erscheinung. Es gibt daher auch von draußen wertvolle Winke für uns. Ungarn will z. B. jene Mieter, die hohe Vermögenssteuern bezahlen, auffordern, eigene Wohnhäuser zu bauen. Wenn sie dem in bestimmten Fristen nicht nachkommen, soll der Hauseigentümer das Recht erhalten, die Mietern unbeschränkt zu steigern oder diesen Mietern zu kündigen. Ferner sollen Ausländer mit starkem Kapital zu Neubauten veranlaßt werden und die Aufstufungsbewilligung soll von ihrem Entgegenkommen abhängig gemacht werden.

Erweiterung der Sonntagsrückfahrkarten.

Die Sonntagsrückfahrkarten, die von der Eisenbahndirektion Berlin zu bedeutend ermäßigten Preisen für die bestbesetzten Ausflugsstellen ausgegeben werden, zur Hinfahrt bereits am Sonnabend mittag und zur Rückfahrt bis Sonntag um Mitternacht berechnen, sind, wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände, mittel, für einige neue Strecken freigegeben worden. Neu eingeführt sind Sonntagskarten vom Sächsischen Bahnhof über den Stadtbahn nach Bulow (Markt-Schweiz) vom Sächl. Bahnhof 3. Klasse 31 M., 4. Kl. 27 M., von der Stadtbahn 34 bzw. 30 M.; vom Stettiner Bahnhof nach Werbellinsee (33 bzw. 24 M.) und Lindow (35 bzw. 28 M.). Um rüstigen Wanderern Tagesfahrten zu ermöglichen, die nicht zum gleichen Bahnhof oder an die gleiche Strecke zurückfahren, werden für die Karten nach Ruppiner (über Kremen) Zusatzkarten 3. Kl. 10 M., 4. Kl. 7 M., ausgegeben, die zur Rückfahrt auch von Rheinsberg (über Löwenberg) berechnen; die Karten nach Rheinsberg (48 bzw. 35 M.) gelten für die Rückfahrt ohne weiteres auch von Neu-Ruppiner über Kremen.

Deffentliche Konzerte. In der kommenden Woche veranstalten Berliner Männergesangsvereine folgende Platzkonzerte: 10. August abends 7 1/2 Uhr Liechtenhof-Spielwiese Charlottenburg; 10. August, abends 7 1/2 Uhr, Ehrenhof der Vaugenossenschaft Siemensstadt, Rommendamallee.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zißler.

Die Mutter sah hilflos aus. Hans jedoch ließ sich nicht beirren. „Es sind schon viele als Kaufleute etwas geworden, weil sie das Zeug dazu hatten, auch ohne Geld. In einem Handwerk muß man eben so lange lernen, und da sind die Ausflüchte, selbständig zu werden, viel geringer. Mir kommt es nicht auf den Stechzogen an, sondern auf den Beruf, der mir gefällt, weil ich glaube, daß ich in ihm etwas Besonderes zuwege bringe. Wenn du sagst, daß du mich nicht mehr erhalten kannst, muß ich mir freilich Lohnarbeit suchen, wenn ich aber etwas lernen soll, kannst du mir auch meinen Willen lassen.“

Rudi hatte als erster eine Lehrstelle gefunden, und zwar im Kontor einer Seifenfabrik, darin es so dunkel war, daß über Tag die Gaslampen brennen mußten. Die Wohnung seines Chefs lag mit den Bürouräumen auf einem Flur und das geräuschvolle Familienleben, das er mit seiner redegebenden Frau führte, brachte einiges Leben in die öde Tätigkeit, in die sich Rudi eingeschrieben hatte. Rudi war schnell enttäuscht und machte Hans gegenüber kein Hehl daraus, daß er vom Ablauf der vor ihm liegenden drei Lehrjahre keine Sensationen erwartete und die angestrebten Millionen am anderen Ende einer unheimlich langen Bank und durchaus im Dunkel lagen.

Hans ließ sich dadurch nicht beirren. Er hatte sich um ausgeschriebene Lehrstellen beworben und erhielt eine Auforderung von einer Leinwandfabrik, sich vorzustellen. Er schmickte sich Pomade ins Haar, steiferte sich einen Scheitel und machte sich auch sonst so fein, als es ging. Die kleine Fabrik lag im Hinterhof eines besseren Mietshauses, das dem Fabrik-eigentümer, der im Vorderhof des Vorderhauses wohnte, ebenfalls gehörte. Hans klingelte um die zehnte Vormittagsstunde an der Wohnungstür, der Inhaber öffnete ihm selbst und ließ ihn hereinkommen. Es war ein fetter Mann in den dreißiger Jahren, er hatte nur Hosensack und Hemd an, schlurfte in Pantoffeln und roch beängstigend nach Schweizerkäse. Hans langte seine Zeugnisse heraus, die den Dicken zu befriedigen schienen. Dann mußte Hans eine Schriftprobe liefern, an der Herr Haselstrunk anzusehen hatte, daß die Schleife im „p“ zu phantastisch sei. Nunmehr entwickelte er seine näheren Bedingungen. Als Lantime warf er zehn Mark pro Monat

aus, für das zweite Lehrjahr stand eine Erhöhung auf fünfzehn, für das dritte auf zwanzig Mark in verlockender Aussicht. Die Arbeitszeit begann morgens dreiviertel sieben Uhr und endete, wenn Gott will, abends halb acht, was angesichts der Tatsache, daß eine Mittagspause von einer Stunde bestesse, durchaus human sei. Hans solle ein tüchtiger Kaufmann werden, dafür bürgte der Name Haselstrunk, doch hielte er seine Versprüche streng, weil sie tüchtige Menschen werden müßten, und Hans dürfe sich vor keiner Arbeit scheuen. Daher auch dreihundert Mark Konventionalstrafe im Falle vorzeitigen Verlassens der Lehrstelle.

Hans wurde etwas schwül, aber er dachte daran, wie Carnegie in entscheidenden Momenten, seinen Darstellungen nach, die „zusammengebissenen Zähne hundertgeschluckt“ hatte, und versprach, mit dem Vater zum Kontraktabschluss wiederzukommen.

Als er am Abend dem Vater das Ergebnis seiner Verhandlungen mitteilte, sagte der: „Du scheinst dem richtigen Schweinehund in die Hände gefallen zu sein. So verrückt hätte ich in meiner Jugend kein mögen, um zwölf Stunden dafür zu arbeiten, daß ein fetter Ausbeuter bis in den Mittag hinein schlafen und sich den Bauch mit Schweizer Käse vollschlagen kann.“

Hans dachte an Carnegie, ließ nicht loder und erreichte denn auch, daß der Vater den Lehrvertrag unterschrieb.

Jetzt hatte Mutter Onfreder jeden Morgen zwischen fünf und sechs zwei Leute aus dem Bett zu trommeln und mit Frühstück zu versorgen. Beider Wege zu den Arbeitsstätten waren weit, und die Großen für eine Straßenbahnfahrt warf das Geschäft nicht ab. Oft kam es vor, daß sich Hans etwas verspätete, dann mußte er rennen wie ein Wilder, denn wenn die Kommiss und der Buchhalter um Neben Uhr kamen, wollten sie das Kontor ausgefüllt und gelüftet vorfinden. In der ersten Zeit hatte Hans Mühe, den häßlichen Gestank des Leims auszuhalten, der von den Fabrikräumen her ins Bureau eindrang. Hans mußte Lieferzettel ausfüllen, die hinausgehenden Häßer signieren, die leer hereinkommenden eintragen und kleine Probegläser mit zähflüssigem Klebstoff füllen. Außerdem war er Polengänger. Die Firma besah ein Fahrrad jener Qualität, die sich am besten zur Erzeugung von Hämorrhoiden eignet, aber Hans liebte es doch, weil es zeitweilig Gelegenheit bot, aus der Leimwolke zu entkommen.

Die Bureaukollegen machten ihm wenig Freude. Der eine, ein früherer Rechtsanwaltschreiber, der an ewigem

Ziegenpeter sit und fünfunddreißig Mark Monatsgehalt erhielt, war ein häßlicher Geselle, dessen einzige Lebensfreude in der Annahme bestand, er sei Onfreder's Borgefleher. Er war mit Eifer dabei, die von Hans ausgeschriebenen Lieferzettel mangelhaft zu finden und Hans von der alleinseligmachenden Prognis der steilen Handschrift zu überzeugen. Der andere Hermsenjünger hörte aus den stolzen Namen Maximali und bedersche die Schreibmaschine. Er wußte jeden Tag eine neue, schweiniische Geschichte, die er mit unheimlichem Vergnügen vortrug. Er war in Oberschlesien zu Hause, von woher ihn eine brave Mutter laufend mit Schinkenped versorgte, den er immer herumzeigte, um den Reiz der anderen zu genießen. Der Buchhalter Frenzel, ein hübscher, noch junger Mensch, war ein Streber, der dem Alten nicht tief genug in die Kerbe kriechen konnte. Er verdiente einhundertzwanzig Mark im Monat und leitete davon die Berechtigung ab, zur besitzenden Klasse gerechnet zu werden. Sein Stolz war ein schwarzes Schnurräutchen, dessen Vorhandensein er alle Viertelstunden mit Hilfe eines Taschenspiegels kontrollierte. Seine Manie aber war, in Abwesenheit des Chefs „Abchlüsse zu tätigen“; das Lob des Alten war das Rammo seiner Seele. Er hatte bei den Jägern gedient und pflegte die Erinnerung an diese Zeit in einem Kriegerverein, wo er Schriftführer und Schatzmeister war. Er weisagte aus dem Kaffeekoch, daß bald ein Krieg kommen werde, in dem die Deutschen und Engländer zusammen mit den Scandinaviern Frankreich und Spanien erobern würden, weil sie das gemeinsame blonde Blut dazu verpflichtet. Außerdem würden die Sozialdemokraten niedergemacht, weil sie es erfahrungsgemäß immer mit den Feinden des Vaterlandes hielten.

Der Alte ließ sich über Tag selten sehen, aber wenn er da war, duckten sich alle; denn er fand in jeder Suppe ein Haar. Sein Lieblingswort hieß „rausschmeißen“, es blieb zwar immer beim Reden, aber die Angst des Wuschenschreibers und des Ziegenpeterigen war immer echt. Der Alte hatte noch einen besonderen niederträchtigen Trick. Machte er sich den ganzen Tag nicht sehen gelassen haben — kurz nach sieben Uhr abends erschien er, nach Schweizer Käse und Rotwein duftend auf dem Bureau. Das verdreß alle, es wagte aber doch keiner, unter den Augen des Chefs als erster nach Hut und Mantel zu langen; so blieben sie hocken, bis gegen neun Uhr der Alte plötzlich ausrief: „Über meine Herren! Es ist schon so spät — warum gehen Sie nicht nach Hause?“ Worauf sie nach Hause gingen.

(Fortsetzung folgt.)

Der freundliche Konsulatsbeamte.

Unzählige Schwindelereien verübte ein 26 Jahre alter Kaufmann Walter Kusch, der zwei „Spezialitäten“ betrieb, bis er jetzt endlich hinter Schloß und Riegel gesetzt wurde. Seit geraumer Zeit machte sich in der Nähe des polnischen Konsulats in der Kurfürstenstraße an polnische Auswanderer, die durch Deutschland und Berlin durchreisen, ein Mann heran, der sich für einen Beamten des Konsulats ausgab und sich ihnen erbot, mit Beschleunigung die Pässe mit dem Bismarck und andere etwa erforderliche Papiere zu verschaffen. Er stellte ihnen vor, daß ihre Abfertigung auf dem gewöhnlichen Wege lange dauern werde. Mit seiner Hilfe aber könnten sie in wenigen Stunden im Besitz der Papiere mit Sicherheit sein, wenn sie einen entsprechend hohen Vorschuß zahlen. Zur Beglaubigung, daß er wirklich Konsulatsbeamter sei, zeigte er auch stets eine Anzahl Pässe, die er für andere schon besorgt habe.

Der „freundliche Beamte“ erhielt auch stets die Vorschüsse, zum Teil hohe Beträge, steckte sie mit den Papieren, die er dem Konsulat vorlegen sollte, ein und verschwand mit beiden. Mehreren Auswanderern nahm er auch noch die Gepäckscheine ab unter der Vorspiegelung, daß er ihnen auch noch dieser Richtung behilflich sein wolle. Wenn dann die Leute später nach der vereinbarten Stunde in der Gegend des Konsulats in der Kurfürsten- oder Potsdamer Straße kamen, um alles in Empfang zu nehmen, warteten sie vergeblich auf den vermeintlichen Konsulatsbeamten. Dieser war unterdessen mit den Gepäckscheinen nach dem Bahnhof geeilt, hatte sich Koffer und Kärbe ausbändigen lassen und den Inhalt in der Weinmeisterstraße und deren Umgebung zu Geld gemacht. Am Konsulat ließ er sich längere Zeit nicht mehr sehen. In allen Anzeigen, die der Dienststelle B. L. 3 der Kriminalpolizei über dieses Treiben gingen, hieß es fast immer, daß der „Konsulatsbeamte“ eine Seelenmühle getragen habe. Darauf richteten nun die Beamten ihr besonderes Augenmerk. Gestern sahen sie bei ihren Beobachtungen den gefuchten Mann in früher Morgenstunde in der Potsdamer Straße. Als sie ihn hielten, sprang er auf einen vorüberfahrenden Straßenbahnwagen und versuchte so zu entkommen. Er wurde jedoch ergriffen, nach dem Polizeipräsidium gebracht und hier als der Kaufmann Walter Kusch festgestellt. Jetzt kam auch dessen zweite „Spezialität“ ans Licht. Die Zeit, in der er sich am Konsulat nicht sehen lassen durfte, benutzte Kusch ebenso fleißig, um Hausdienern unter allerlei Vorwänden die Waren, die sie für die Geschäfte austragen, abzuschwindeln. Auch was er in der Weinmeisterstraße und deren Umgebung zu Geld gemacht. Gegen 50 Schwindelereien, etwa je 30 auf jedem Gebiete, wurden ihm nachgewiesen, und er räumte sie dann auch ein. Obwohl er viel erbeutete, beschloß er bei der Festnahme nur noch 2,90 Mark. Bis auf diesen kleinen Rest hatte er immer alles Geld in leichtsinniger Gesellschaft durchgebracht.

Die „Menschenfalle“.

Wozu Rachjudt verleiten kann.

Im Frühjahr d. J. liefen bei der Kriminalpolizei wiederholt anonyme Briefe ein, in denen der Mörder auf ein schweres Verbrechen hinwies, das sich angeblich in der Wohnung eines Schneidemeisters Winkler abgespielt haben sollte. In einem dieser anonymen Briefe wurde u. a. behauptet, daß Hausbewohner beobachtet hätten, wie Personen spät abends in die Wohnung des Winklers gingen, dann aber nie wieder heraussämen. Es wurde schließlich sogar der direkte Verdacht ausgesprochen, daß es sich um eine Art „Menschenfalle“ handele und es wurde behauptet, daß hier Verabredungen und Ermordungen vorlägen. Die Folge dieser Briefe war, daß die Kriminalpolizei einen besonderen Beobachtungsdienst der Winklerschen Wohnung einrichtete und auch eine Hausdurchsuchung vornahm. Der des Todes verdächtige biederer Schneidemeister war wie aus allen Wolken gefallen, als er hörte, unter welchem furchtbaren Verdacht er stehe. Die weiteren Ermittlungen erstreckten sich nun auf die Herkunft der anonymen Briefe und führten zu der Feststellung, daß eine Schneiderin Kurbzweig, die mit W. in Feindschaft geraten war, als Mörderin in Frage kam.

Die Angelegenheit hatte natürlich ein gewisses Nachspiel, in dem sich die Briefschreiberin zu verantworten hatte. Der Vorliegende regte dabei an, diese außerordentliche Geschichte durch einen Vergleich zu beenden. Die Beklagte gab alle von dem Kläger gewünschten Ehrenerklärungen ab, worauf dieser die Privatklage zurückzog.

Der „alte ehrliche Seemann“.

Ein Heiratschwindler, der sich als schwedischer Seemann ausgibt, hat in letzter Zeit mit ganz besonderem „Erfolg“ gearbeitet. Er pflegt in besseren Lokalen zu verkehren und sond auch stets die Bekanntheit heiraatslustiger Damen, deren Vertrauen er alsbald durch sein sicheres und entgegenkommendes Auftreten zu gewinnen wußte.

Einige der Damen schenken ihm bald so viel Vertrauen, daß sie ihn auch in ihre Wohnung einladen und Ausflüge mit ihm machen. Der „Seemann“ erwidert dieses Vertrauen dadurch, daß er den Damen gelegentlich offenbart, daß ihm das Geld ausgegangen sei, nicht das große, sondern nur das kleine deutsche Geld für den täglichen Gebrauch. Geld seines Landes besitze er noch. Zum Beweise dessen zeige er dann auch einen Schein, der eine schwedische Hundertkronennote und gegenwärtig also gegen 14 000 M. wert sein sollte. Die verübten Damen gaben ihm darauf gern kleines Geld, wußten in beträchtlicher Höhe. Andere überlassen ihm auch Schmuckstücke, die ihm aus der augenblicklichen Verlegenheit herauszuheilen sollen. Sie zweifeln gar nicht daran, daß sie am nächsten Tage für die Hundertkronennote, die als Unterpfand dient, auf der Bank die 14 000 M. erhalten. Zum Stillbleiben, das für den nächsten Tag verabredet wird, erscheint der Schwede natürlich nicht mehr. Denn entweder erfahren die Damen auf der Bank, daß ihr Unterpfand nichts wert ist, oder sie sind auch schon vorher dahin aufgeklärt, daß sie statt einer echten schwedischen nur eine umgearbeitete ungarische Hundertkronennote erhalten haben.

Die „Föhn-Reparatur“.

Ein gemeingefährlicher Schwindler, der in Berlin die Friseurin in der überhörseligen Weise gebrandschagt hat, wurde heute in dem fremdenmechanischen Atelier Grab von dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg für längere Zeit unschädlich gemacht. Er hat es fertig gebracht, seit 1918 lediglich von den Ertragnissen seiner Schwindelereien auf großem Fuße zu leben. Grab ludte Friseurgeschäfte auf und ludte den Inhabern unter dem Vorwande wichtiger Reparaturen die wertvollen Föhn-Apparate ab, die er dann sofort zu Geld machte. Dieses Treiben nahm einen derartigen Umfang an, daß die Friseurinnung öffentlich vor ihm warnte. Grab verlegte darauf das Feld seiner Tätigkeit nach Magdeburg, Leipzig und anderen deutschen Städten, wo er in derselben Weise vorging. Gegenwärtig standen etwa 100 Fälle zur Anklage, jedoch würden sich diese, wie der Vorliegende bemerkte, auf mehr als 1000

vermehrten, wenn sich alle Geschädigten gemeldet hätten. Zugunsten des Angeklagten nahm das Gericht eine fortgesetzte Handlung an, so daß der Angeklagte mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis davon kam. Er wurde sofort verhaftet.

Der Fall Röhne.

Herr v. Röhne, gegen den feinerzeit wegen der Bekannten Affäre mit dem Arbeiter Rietert aus Glinow eine Untersuchung wegen Unterschlagung eingeleitet worden war, ist jetzt in diesem Fall auf Antrag der Potsdamer Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt worden. Röhne befindet sich aber noch immer in Untersuchungshaft wegen des Falles Paase. Ueber die Beschwerde gegen die Ablehnung des Haftentlassungsantrages des Verteidigers hat die Potsdamer Strafkammer bisher noch keine Entscheidung gefällt.

Milchpreise.

Von Montag, den 7. August d. J. an, beträgt der Preis für Kartenmilch 12 Mark je Liter, für freie Vollmilch 15,40 Mark je Liter. Die Preise sind für Kleinhandels- und Abmelkmaschinen (Molkereien) die gleichen. Die A- und B-Milcharten werden wie bisher mit je 1/2 Liter, die C- und D-Milcharten sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) wie bisher mit je 1/2 Liter Milch täglich beliefert.

Steuern werden nicht abgeholt!

Einen städtischen Vollziehungsbeamten ist anfangs dieses Monats ein Bock Steuerquittungen, der die Nummer 3596 trägt, mit den Nummern 10-100 verloren gegangen. Da in letzter Zeit wiederholt betrügerische Versuche zur Einziehung von Steuern gemacht worden sind, wird im Interesse der Steuerpflichtigen darauf hingewiesen, daß die Steuern nicht abgeholt werden, sondern von den Steuerpflichtigen an die zuständige Steuerkasse abzuliefern sind. Nur wenn nach Mahnung Zahlung nicht geleistet wird, erfolgt die zwangsweise Einziehung von Steuern durch städtische Vollziehungsbeamte, welche zur Anwendung der Pfändungen, Beschlagnahmen anzunehmen verpflichtet sind. Als Ausweis dient diesen Beamten ein Dienstschuß aus Metall sowie eine mit dem Dienstschuß des Magistrats versehenen Beschlagnahme. Die Beamten sind verpflichtet, dem Steuerpflichtigen einen von der zuständigen Steuerkasse ausgestellten Pfändungsbefehl vorzuzeigen. Steuerpflichtigen, welche eine Steuerquittung mit der Nummer 3596 sowie mit einer der oben aufgeführten laufenden Nummern zur Zahlung vorgelegt wird, werden aufgefordert, die von ihnen angeforderten Steuern nicht zu zahlen, sondern die Persönlichkeits- und die Steuern auf Grund der angegebenen Quittung einzuziehen versucht, wenn möglich, feststellen zu lassen.

Ein großer Schloßbruch wurde vor etwa acht Tagen auf dem Rittergute der Familie Kallisch v. Horn in Reuthen bei Sperenberg ausgeführt. Die Einbrecher, vermutlich Berliner, erbeuteten in der hauptsache wertvolles Tafelsilber, das R. v. H. bzw. R. H. oder C. R. mit Krone gezeichnet war. Daneben erbeuteten die Einbrecher noch eine Reihe von Weinfässern und Rennpreisen, die größtenteils mit Wismutungen versehen sind. Der Beschädigte hat eine Belohnung von 10 000 Mark für die Wiederherbeschaffung des Gutes oder für die Ermittlung der Täter ausgesetzt. Mitteilungen, die auf Wunsch auch streng vertraulich behandelt werden, nimmt das Berliner Polizeipräsidium, Kriminalkommissar Dr. Kuschat, Zimmer 52 des Berliner Polizeipräsidiums, entgegen.

Englisch und französisch. In der nächsten Woche beginnen in der Sprachschule für Proletarier auf dem Hauptbahnhof Abendskurse in Englisch und Französisch für Anfänger. Anmeldungen: Sonntag, den 6. August, vormittags von 10-11 Uhr, und Montag, den 7. August, abends von 8-9 Uhr, in der Gemeindegewerkschaftsstraße 23a (Zimmer 9), Nähe Kolonnenplatz.

Wäucherer Kellerfest in der Neuen Welt, Hofenstraße. Der prächtige, große Naturgarten der Neuen Welt ist durch zahlreiche Dekorationen und viele kleine blaue und weiße Röhren geschmückt worden. Für Kinder und Jugendliche sind viele lustige Spiele und Wettbewerbe. Auch für Jugendliche in der Vorloge getroffen werden, nicht nur der Neue Saal, sondern noch zwei weitere Tanzböden sind errichtet worden, wo sich jung und alt im Kreise dreht. 100 „Schritte Wäucherer“ freudigen das für viele Festzeit extra hart eingebrachte „Schimmelschloß“. In den Abendstunden findet ein prächtiges Feuerwerk statt, das schon den Urbesuchern seit vielen Jahren bekannt ist.

Menschenraub für die Fremdenlegion?

Aus Lübeck wird der Versuch einer gewalttätigen Pressung für den Eintritt in die Fremdenlegion berichtet. Ein Landwirt wurde in der Nähe des Posttores von einem gut gekleideten Herrn angesprochen. Wäucherer hielt dieser ihm ein Tuch mit einem Kartotikum unter die Nase. Der Ueberfallene verlor die Besinnung und erweckte erst wieder in Duisburg. Außerdem hatten noch vier andere deutsche Männer sein Schicksal zu tragen. Sie wurden alle unter harter Bewachung nach Rostock gebracht und dort auf ihre Tauglichkeit für die Fremdenlegion untersucht. Während die vier tauglich befunden wurden, schickte man den Landwirt als untauglich völlig mittellos zurück.

Englische Schießübungen in der Ostsee.

Wie aus Kiel gemeldet wird, wird in den letzten Augusttagen ein großes englisches Geschwader in der westlichen Ostsee seine Schießübungen abhalten und dabei auch deutsche Häfen anlaufen, ohne daß aber den Mannschaften der Versuch an Land gestattet sein wird.

Schwedischer Flottenbesuch in Danzig. Im Danziger Hafen ist eine schwedische U-Boot-Flottille eingelaufen. Die Flottille besteht aus dem Depotsschiff Eboa und den SU-Booten. Zu Ehren der schwedischen Gäste sind verschiedene Veranstaltungen geplant.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft etwas flatter. Fische ausreichend, Geschäft still. Obst und Gemüse genügend, Geschäft flott.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise: Rindfleisch 48-58 M., ohne Knochen 60-80 M., Schweinefleisch 60-100 M., Kalbfleisch 58-88 M., Hammelfleisch 60-81 M., Schellfisch 13-16 M., Seelachs 15 M., Barsch 15-18 M., in Eis: Zander 119-126 M., Schlei 65-84 M., Hecht 58-80 M., Aal 60-75 M., Lebende Aale 80-90 M., Schlei 95-101 M., Blei 70-75 M., Eier 7,50-8 M., das Stück, Naturbutter 90-100 M., Margarine 60-75 M., Schweinehälften 60-98 M., Gruppen 18 M., Hafergrütze 20 M., Haferflocken 20-32 M., Grießmehl 21-22 M., Neue Kartoffeln 45-80 M., 10 Pfund, Rotkohl 10-14 M., Salat 2,30-4,- M., der Kopf, Kirschen 8-15 M., Saure 10-12 M., Stachelbeeren 10-12 M., Erdbeeren 10-20 M., Erdäpfel 12-18 M., Tomaten 18-22 M., Zwiebeln 10-12 M.

Wirtschaft

Kohlentof und Reichsbahn.

Ueber die Folgen der bedrohlichen Kohlenlage im Bereiche der Reichsbahn wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Die Dienstkohlenversorgung der Reichsbahn war im Jahre 1921 ständig unzureichend und hat sich auch im Jahre 1922 weiter verschlechtert. Um einen ordnungsmäßigen Betrieb durchzuführen, muß die Reichsbahn für ihr gesamtes Eisenbahnnetz mindestens einen Kohlenvorrat für 21 Tage, in Süddeutschland und Ostpreußen, wegen ihrer weiten Entfernung von Kohlengebieten, für mindestens 35 Tage besitzen. Während des gesteigerten Herbstverkehrs mußte der angestapelte Vorrat sogar für 35 bzw. 45 Tage ausreichen. In der Zeit des schwierigen Herbstverkehrs des Jahres 1921 hatte die Reichsbahn jedoch nur einen Bestand von etwas über einer Million Tonnen, die bei einem Tagesverbrauch von durchschnittlich 45 000 Tonnen nur 22 Tage ausreichten. Die Folge war, daß seit Beginn des letzten Winters die Reichsbahn in ihrer Kohlenversorgung ständig „von der Hand in den Mund“ lebte, in vielen Bezirken waren nur Kohlenbestände für 2 bis 3 Tage vorhanden. Teilweise mußten Privatlohlen beschlagnahmt werden, um den Betrieb nicht zusammenbrechen zu lassen.

Im Laufe der Sommermonate dieses Jahres hat die Reichsbahn die Kohlenförderung der Kohlen von den Zechen so sehr gefördert, daß die halben Bestände an der Ruhr, die im Frühjahr ungefähr 1,5 Millionen Tonnen Kohlen, Koks und Brifflets betragen, zurzeit auf die sogar bedingfügig geringe Menge von 200 000 Tonnen zusammenge schrumpft sind, von denen nur 100 000 Tonnen Kohlen sind. Die Leistung der Reichsbahn auf diesem Gebiete tritt in Erscheinung, wenn man bedenkt, daß die Ruhrkohlenbestände im Friedensjahre 1914 1,7 Millionen und im Jahre 1918 3,2 Millionen Tonnen betragen. Zurzeit lagert im Ruhrgebiet nur ein Drittel der Tagesförderung. Die Reichsbahnverwaltung konnte seit dem Frühjahr nicht nur alle angeforderten Wagen für den Kohlenabtransport stellen, sie hätte sogar erheblich größere Kohlenmengen abfahren können. Aus diesem Grunde regte der Reichsverkehrsminister erneut für die verkehrswache Sommerzeit Ueberwachungen im Kohlenbergbau an, wozu es jedoch bis heute noch nicht gekommen ist, im Gegenteil, gegen das Frühjahr ist an der Ruhr allein arbeitsfähig ein Rückgang der Förderung von 50 000 Tonnen eingetreten. Der Rückgang ist größer als der Tagesbedarf der Eisenbahn.

Die Reichsbahn hat sich unter diesen Umständen bereits im Frühjahr entschlossen, in großen Mengen englische und holländische Kohlen sowie Saarkohlen anzukaufen, um mit einem möglichst hohen Bestand an Dienstkohlen in den gesteigerten Herbstverkehr zu gehen. Natürlich bedeutet die Einfuhr großer Mengen ausländischer Kohlen durch die erheblichen Mehrkosten einen starken volkswirtschaftlichen Schaden.

Trotz dieser Maßnahmen betrug der Bestand der Reichsbahn an Dienstkohlen am 15. Juli ungefähr 750 000 Tonnen, die für etwa 16 Tage ausreichen. Zur selben Zeit des Jahres 1913 waren 3,5 Millionen Tonnen in den Lagern vorhanden. Bis zum 15. Juli d. J. waren den Verbrauchsstellen der Eisenbahn ungefähr 500 000 Tonnen ausländischer Kohle zugeführt worden. Ohne diese Auslandskohle hätte die Reichsbahn mitten im Sommer also nur einen Bestand von 250 000 Tonnen gehabt, der für ungefähr 5 1/2 Tage ausreicht und damit bei der geringsten Störung die Einstellung des Eisenbahnbetriebes und den Zusammenbruch des Verkehrs bedingt hätte.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Der Ausfuhrabgabenausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist für heute einberufen worden, um zu der Frage der Anpassung der Ausfuhrabgaben an die veränderte Devisenlage Stellung zu nehmen.

Die Teuerung in Deutsch-Ostpreußen. Von Montag ab wird der Preis für den Normalloib Brot in Wien 2 490 Kronen betragen.

Die Einkommensteuer in Pommern-Oberschlesien. Der Wojewodschaftsrat in Ratibowitz hat beschlossen, für das laufende Jahr eine vorläufige Einkommensteuer zu erheben, die das sechsfache der Steuer des Jahres 1910 betragen soll!

Papiergeldumlauf in Rußland. Ueber den Notenumlauf in Rußland veröffentlichten amtliche Stellen der Sowjetregierung nunmehr einiges Material. Hiernach betrug der Papiergeldumlauf in Milliarden Rubel am Beginn des Jahres 1915: 3,03; 1916: 5,62; 1917: 9,22; 1918: 27,3; 1919: 61,26; 1920: 225,0; 1921: 1168,6; 1922: 17 539,0; im Vergleich zum Rubel der Vorkriegszeit ergab sich am 1. März 1920 eine 1 283 965 fache Entwertung.

Devisenkurse.

Die amtliche Kursstabelle gibt an, wieviel Mark man aufwenden muß, um die in der ersten Spalte genannte Einheit der auf das bezeichnete Land lautenden Währung zu erwerben.

	4. August	3. August		
Käufers (Gold-) Kurs	Verkäufers (Gold-) Kurs	Käufers (Gold-) Kurs	Verkäufers (Gold-) Kurs	
100 holländische Gulden	29868.25	29486.75	32559.25	32040.75
1 argentinischer Papier-Peso	278.05	277.85	307.00	305.40
100 belgische Frank	5002.00	5917.40	6491.85	6305.15
100 norwegische Kronen	12695.50	12956.20	14531.80	14368.20
100 dänische Kronen	16304.55	16845.45	18227.15	18272.55
100 schwedische Kronen	19875.95	19724.65	22072.85	22127.65
100 finnische Mark	1598.00	1603.00	1802.70	1807.80
1 japanischer Yen	854.50	855.50	897.00	895.00
100 italienische Lire	8455.05	8464.84	8705.25	8774.75
1 Pfund Sterling	8375.75	8384.25	8755.80	8764.70
1 Dollar	761.04	762.06	828.96	831.04
100 französische Frank	6142.30	6157.70	6791.50	6805.50
1 brasilianischer Milreis	100.87	101.13	113.85	114.50
100 Schweizer Frank	14132.80	14167.70	15953.00	15965.00
100 spanische Pesetas	11460.65	11489.85	12883.85	12916.15
100 österr. Kronen (abgefl.)	1.53	1.57	1.83	1.87
100 tschechische Kronen	1797.75	1802.25	2057.40	2062.60
100 ungarische Kronen	33.45	33.65	38.70	38.80
100 bulgarische Lewa	458.46	458.00	519.85	520.65

Die Ziffer 1) bedeutet, daß die Nachfrage nicht bei den notierten Kursen gedeckt werden konnte und daß das angebotene Material rationiert werden mußte. 100 Polen mark wurden etwa mit 11,50 M. bewertet.

Am gestrigen New Yorker Börse wurde die Mark wiederum besser bewertet als vorgestern. Der Schlusskurs für 100 M. war 14 Cents, was einem Dollarkurs in Deutschland von etwa 714 M. entspricht, der höchste Kurs 14 1/2, wonach der Dollar hier etwa 690 M. kosten würde, der niedrigste Kurs 13, der einem Dollarkurs von 769 M. entsprechen würde.

Gesetzlich darf

in **MAGGI** Original-Fischchen nichts anderes als **MAGGI** Würze feilgehalten werden. Beim Nachfüllen achte man deshalb darauf, daß die Würze aus der großen mit dem Namen **MAGGI** versehenen Original-Flasche gefüllt wird. Auch verlange man ausdrücklich **MAGGI** Würze und weise Nachahmungen zurück.



Entfernung monarchistischer Hoheitszeichen.

Der Minister des Innern und der Finanzminister erlassen folgende Verfügung:

Infolge der fortgesetzten, gegen den Bestand der Republik gerichteten verbrecherischen Umtriebe hat sich der verfassungstreue Bevölkerung eine tiefgehende Erregung bemächtigt. Diese wird weiter genährt durch die an vielen Orten immer noch sichtbaren Zeichen der früheren monarchistischen Staatsform, die den berechtigten Widerspruch weiter Volkskreise hervorrufen und von ihnen angesichts des Einflusses der Lage als Herausforderung empfunden werden. Unter diesen Umständen erscheint das bloße Vorhandensein monarchistischer Hoheitszeichen an amtlichen Stellen geeignet, die allgemeine Erregung und Spannung zu erhöhen und dadurch die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gefährden. Zur Abwendung dieser Gefahr bestimmen wir in Abänderung der hierüber ergangenen Erlasse folgendes:

1. Die früheren monarchistischen Hoheitszeichen an der Außenseite sowie im Innern sämtlicher staatlicher und kommunaler Dienstgebäude und Dienststräume sowie an allen anderen dem Publikum zugänglichen oder sichtbaren als amtlich geltend gemachten Stellen (z. B. Wegetafeln, Meilensteinen, Grenzsteinen, Schildern) sind unverzüglich zu entfernen. Ausnahmen hiervon sind nur bei Bauwerken in solchen Fällen zulässig, in denen die Befestigung der früheren Hoheitszeichen nicht ohne Zerstörung ihres besonderen Kunstwertes möglich ist.

2. Bilder, Büsten, Statuen oder andere Darstellungen des letzten preussischen Königs, seiner Ehefrau, seiner Geschwister und seiner Abkömmlinge sind von sämtlichen in Nr. 1 bezeichneten Stellen zu entfernen. Für die Entfernung von Bildern usw. anderer verstorbener Mitglieder des früheren königlichen Hauses verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften.

Schwarz-Weiß-Rot verboten.

Nachdem das Preussische Staatsministerium beschlossen hat, daß die staatlichen Gebäude sowohl die Landesflagge wie die Reichsflagge zu hissen haben, hat der preussische Minister des Innern in einem neuen Erlaß das Hiszen der alten Reichsfahne ausdrücklich untersagt. In diesem Erlaß heißt es: „Bei der Erregung, welche sich der verfassungstreuen Bevölkerung wegen der andauernden verbrecherischen Umtriebe gegen den Bestand der Republik und der fortgesetzten gehässigen Verhöhnung ihrer Sinnbilder bemächtigt hat, ist das Hiszen der Schwarz-Weiß-Rot-Fahnen, deren historische Bedeutung weder bestritten noch herabgesetzt werden soll, auf jedem behördlichen Gebäude ohne Zweifel geeignet, diese Erregung derart zu erhöhen, daß die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung hierdurch gefährdet erscheint. Im Hinblick auf das Bestehen dieser Voraussetzungen ist mit allen gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß das Hiszen der Schwarz-Weiß-Rot-Fahnen auch auf sämtlichen Dienstgebäuden der Gemeinden und Gemeindeverbände in Zukunft unterbleibt.“

Die Schutzverordnung.

Aufhebungen und Ergänzungen.

Wie der amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, hebt der Minister des Innern infolge Inkrafttretens des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik seine zu den Verordnungen des Reichspräsidenten ergangenen Bekanntmachungen vom 26. Juni 1922 auf. In der Bekanntmachung, in der diese Aufhebung des Näheren ausgeführt wird, weist der Minister darauf hin, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni 1922 das Verbot bestimmter Versammlungen und die zu dieser Aufhebung ergangene Bekanntmachung vom gleichen Tage, die das Preussische Staatsministerium des Innern herausgab, nicht aufgehoben sind. Zu dem in dieser Bekanntmachung erlassenen einseitigen Verbote von Regimentsfeiern und anderen Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile bemerkt der Minister in Ergänzung des zweiten Teils seines Erlasses vom 15. Juli noch folgendes:

1. Solche Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile, die wie der Bund deutscher Militärkameraden, der Reichsbund der Kriegsschädigten, der Bund ehemaliger Kriegsgefangener, nicht wesentlich auf dem Grundsatze der Traditionen- und Kameradschaftspflege beruhen, sondern in der Hauptliche die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Belange ihrer Mitglieder bezwecken, werden von dem Verbote ausgenommen.

da möglicherweise an eine „Symbiose“ zwischen Fisch und Vogel zu denken sei. Es ist aber durchaus nichts Neues, daß Wasservogel, Störche, Reiher usw., die in Tümpeln und Sümpfen herumtollen, an ihren Beinen leicht Samen von Wasserpflanzen, Eier von allerlei Wasserinsekten, Insektenlarven, Infusorien verschleppen. Wenn man irgendwo einen künstlichen Teich ausgräbt und nur mit Regenwasser volllaufen läßt, so könnte man ihn, wenn man keine besonderen Pläne mit ihm hätte, getrocknet selbst überlassen, und er würde sich durch die Tätigkeit der Wasservogel ganz von selbst mit einer Wasserflora und zugehöriger Fauna bevölkern. Das Enten, die auf dem Wasser schwimmen und dabei einen Teil des Körpers eintauchen, in dem Gefieder sogar lange Kolonien oder sonstige Fischbrut beherbergen können, die sie nacheinander in anderen Gewässern wieder abgeben, ist eigentlich nichts Auffälliges. Immerhin ist es wert, mitgeteilt zu werden, da wohl mancher sich die Frage vergebens vorgelegt hat, woher in abgeschlossenen Seen eigentlich Fische kommen.

Neue Fruchtarten. Es ist fessam, daß der Mensch in den Hunderttausenden von Jahren, die er nun auf der Erde wohnt, bisher nur etwa 300 Arten von Pflanzen zu kultivieren gelernt hat, während doch mehr als 100 000 Arten bekannt sind. Während der letzten zweitausend Jahre haben wir nicht eine einzige Nutzpflanze entdeckt, die mit dem Reis, Weizen, dem Getreide in Wettbewerb treten kann, einzig die Kartoffeln ausgenommen. Dennoch werden immer wieder neue Früchte gefunden, die man für die menschliche Ernährung nutzbar zu machen versucht, und einige solcher neuen Fruchtarten werden in einer englischen Zeitschrift zusammen gestellt. Im Kaffernland baut man jetzt in größerem Maßstabe die Fijicia an, eine südamerikanische Frucht, die in ihrem Geschmack der Ananas ähnelt, aber zugleich etwas von der Süße der Erdbeere besitzt. Eine neue Obstsorte ist die Tulube, die bisher hauptsächlich im nördlichen China gezeuget worden ist. Vor einigen Jahren wurde diese Pflanze nach den Vereinigten Staaten gebracht und wird jetzt in Texas angepflanzt. Sie ähnelt im Geschmack der Dattel und wird gewöhnlich in kandierter Form gegessen. Die Sapote ist eine in Mittelamerika wachsende Frucht von der Größe einer Apfelsine; sie wird in neuester Zeit in Florida angebaut. Die Polesse, eine Frucht, die einen sehr erfrischenden Saft abt, wird auf Plantagen in Südkalifornien gezogen und sowohl zur Herstellung von Marmelade wie auch als Fruchtlast bei Getränken verwendet.

Julius Waas, ein beliebter Genremaler und Porträtist, von dem namentlich das frühere Wiener Hofmuseum zahlreiche Werke besitzt, ist 76 Jahre alt in Bad Hall gestorben.

Berliner Schubert-Ges. Am 10. August, abends 7 1/2 Uhr, findet ein Konzert im Humboldt-Saal statt.

Königsberger Professoren in Weimar. Die Stadt Weimar veranlaßt durch eine wissenschaftliche Woche, während der 10 Professoren der Universität Königsberg nach- und gemeinverhältnliche Vorträge halten. Die Weimarer Bevölkerung bringt den Vorträgen außerordentlich reges Interesse entgegen.

Exzentrische Kunst. Das neueste, nielebendige und nielebendige Bildnis des Dichters Goethe, Hermann Roserits, Wien — ein wälderländischer Traum — wurde von der Bekanntheit des Bildhauers und Zeichners ohne Angabe von Umständen beschlagnahmt.

Der internationale Schachkongress in London hat in der Central Hall seinen Anfang genommen. Die bedeutendsten Meister aller Länder sind erschienen.

2. Nur den Mitgliedern zugängliche Veranstaltungen rein gesellschaftlicher Art der Vereinigungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile gelten nicht als Versammlungen im Sinne dieses Gesetzes, sofern sie in gedeckten Räumen stattfinden.

3. Die geschlossene Teilnahme der Mitglieder solcher Vereinigungen an Feiern und Umzügen anlässlich der Beerdigung von Mitgliedern kann von den Ortsvorsitzenden zugelassen werden, wenn hierbei Waffen nicht mitgeführt, schwarzweißrote Abzeichen nicht gezeigt werden und auch sonst eine Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung infolge der Teilnahme der Vereinigung an der Beerdigungsfeierlichkeit nicht zu befürchten ist.

Das bleibt verboten!

Sie können es besser.

Wegen Verbreitung idiotischer Heßgeschichten, die in unreifen Hirnen neue Gewaltpläne hervorrufen konnten, war der „Berl. Lokal-Anzeiger“ für drei Wochen verboten worden. Aber er war nur ein paar Tage weg, morgen ist er schon wieder da. Verlag und Redaktion haben dem Minister Severing ein paar gute Worte gegeben, und der ist kein Unmensch, sondern läßt mit sich reden. — So schamlos ist in dieser Republik „die Pressefreiheit“ getnebelt. Ein Blick nur, daß wir die Deutschnationalen haben, diese altbewährten Freiheitskämpfer, die werden es schon schaffen... Aber wie? Beim Wiedererscheinen des „Lokal-Anzeigers“ fällt einem das alte gute „Deutsche Abendblatt“ ein. Dieses völkische Blatt hatte eine Lippe gegen die deutschnationalen Parteilichkeit, die rief, am Tage darauf war es spurlos verschwunden. Weg war es, wie von einer magischen Gewalt in die Tiefe gezogen. Einmal sah man noch seinen Kopf auftauchen, und der redete traurige Dinge über Flucht und Verfolgung von Druckerei zu Druckerei. Und wiederum — weg war es! Seine Hoffnung, vom Montag der jetzt zu Ende gehenden Woche an wieder ganz herauskommen zu können, hat sich nicht erfüllt. Es ward nicht mehr gesehen!

Severing kann von den Deutschnationalen immer noch was lernen! Aber sie haben ja auch die ältere Prezis.

Düringer bleibt in der Partei.

Nach einer Meldung der „Süddeutschen Zeitung“ wurde in einer Sitzung des Landesvorstandes der Deutschnationalen Volkspartei in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten Dr. Düringer die Frage seines Austritts aus der Reichstagsfraktion besprochen, nachdem Dr. Düringer selbst die Gründe, die ihn dazu bewegen haben, eingehend vorgetragen und betont hatte, daß er damit durchaus nicht aus der Deutschnationalen Volkspartei austrete. Die Versammlung äußerte den Wunsch, Dr. Düringer recht bald wieder in der Reichstagsfraktion zu sehen.

Also für Düringer heißt es wie für Wulle-Grasse: „Aus der Fraktion, nicht aus der Partei!“ Die Gegner bleiben auf den äußersten Enden der Wippschaukel sitzen, bis der eine oder der andere heruntergeschaukelt ist. Wie Denabrid für Henning, rebelliert Baden für den „Dolchstoß“-Düringer gegen die Parteileitung. Es geht recht lustig zu in der Partei der Autorität!

„Exzellenz Friß“.

Sonst blüht er wie ein Veilchen im verborgenen. Der „Reichsbürgerzeitung“ nämlich. Nur gelegentlich verleiht er eine Erklärung an die Presse, um sein Nachbarhandeln zu bekunden. So läßt er jetzt durch die Reichspresse vernehmen, daß er einen Schreibbrief an den Reichspräsidenten und an Reichensfeld geschickt habe. Darin rät er dringend, einen Ausweg aus dem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern in der Richtung zu suchen, daß dem Reiche der notwendige Schutz gewährt, aber — den Ländern ihre „vertragsmäßigen Rechte“ gesichert werden.

Für solche politische Mischmaschenweisheit bietet die Presse ihren kostbaren Raum. Wie kommt das? Einfach: Präsident des Reichsbürgerrats ist jener frühere preussische Minister des Innern von Boeckl, den Graf von Oldenburg so vertrauensvoll als „Exzellenz Friß“ onredete und der nichts tat, um den robusten Janushauer zur Bestellung der 500 Morgen zu veranlassen, die Graf absichtlich liegen ließ. Heute gibt die damals so unläufige Exzellenz unerbetene Ratsschläge. Sie sind auch danach.

Verschwörerklub zur schwörenden Hand.

Eine Anfrage unseres Genossen Spiegel im Reichstag führt aus, daß der Fragesteller einige Tage nach dem Mord an Rathenau dem Reichsminister des Innern Dr. Köster Material über eine geheime Verbindung und den Abdruck eines Abzeichens mit einer schwörenden Hand, links davon eine Wäpflöche, rechts ein Dolch und darunter das Hakenkreuz übergeben hat. Weitere Materialien wurden dem Genossen Spiegel zugestellt, und zwar die Mitteilung, daß dieses Abzeichen nur in 25 Exemplaren hergestellt wurde und die Firma Timm, Kriegervereinsbuchhandlung in Berlin, die Auftragsgeberin war. Die Abzeichen sind in blauweiß gehalten und sollen nach Wünschen oder einer anderen Stadt Bayerns weitergesandt worden sein. Dem Minister des Innern für Preußen sowie dem Polizeipräsidenten ist Kenntnis von vorstehendem gegeben.

Es handelt sich nach der Art der Abzeichen und der kleinen Anzahl, die hergestellt wurde, sicherlich um einen kleinen, aber gut organisierten Verschwörerklub. Bei der Nachforschung der Behörde bei der Herstellerfirma Deumer in Lädenfeld war die Polizeibehörde so unklug, der Firma die Abzugprägung des Abzeichens vorzulegen. Daraufhin leitete die Firma strenge Untersuchung ein, wor dem Gen. Spiegel das Material übermittelt habe. Damit nicht ein ungeschicklicher und verheerender Mitarbeiter geschädigt werden sollte, meldete sich der Arbeiter selbst, der dann darauf fristlos entlassen wurde. Der Arbeiter hat nach der Verordnung des Reichspräsidenten und nach dem Gesetz zum Schutze der Republik nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Er hätte sich strafbar gemacht, wenn er die Angelegenheit verschwiegen hätte.

Gegen den Arbeiter soll auch noch ein Verfahren wegen Fabrikdiebstahls anhängig gemacht werden, trotzdem er zu dem Abzug, der dem Abgeordneten übermittelt worden ist, sein eigenes Blei (ungefähr 10 Gramm) verwendet hat.

Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie bereit ist, diejenigen Personen zu schätzen, die zum Schutze der Republik nur ihre Pflicht getan haben.

Ein neuer Hölz-Prozess? Die Verteidiger des im Juni o. J. wegen Hochverrats in Tateinheit mit Mordschlag und zahlreichen anderen Straftaten zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilten Bandenführers Max Hölz betreiben augenblicklich das Wiederaufnahmeverfahren des Hölz-Prozesses, soweit die Tötung des Gutsbesizers Heß in Frage kommt. Das Sondergericht war damals bekanntlich zu der Überzeugung gekommen, daß Hölz den Gutsbesizer Heß auf Rittergut Rothschönberg in der Provinz Sachsen vorfährlich, aber ohne Ueberlegung getötet habe. Die Verteidiger wollen nun auf Grund neuer Ermittlungen nachweisen, daß Hölz mit dem an dem Gutsbesizer überbrachten Totschlag überhaupt nichts zu tun gehabt habe und daß somit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Höhe des Strafmaßes entfielen. Sollte es tatsächlich auf Grund der neuen Beweismomente zu einer Wiederaufnahme des Hölz-Prozesses kommen, dann wäre hierfür das Reichsgericht in Leipzig zuständig.

Sie wollen den Tod!

Krylenkos Anklagerede im Moskauer Prozeß.

Die „Rote Fahne“, die aus Moskau eigene ausführliche Berichte erhält, zum Dank dafür, daß sie die Erschießung der Sozialrevolutionäre tagtäglich als gottgefälliges Werk anpreist, gibt den Schlusssatz der Anklagerede Krylenkos folgendermaßen wieder:

Das Revolutionstribunal ist ein Organ des Klassenkampfes der Arbeiterklasse, das gegen die Feinde des Proletariats gerichtet ist, und aus diesem Grunde kann es für die Angeklagten der ersten Gruppe, mit Ausnahme jener, die ich schon genannt habe (Derf, Uggoff und Jlobin) nur eine Strafe geben: den Tod durch Erschießen!

Für alles Blut, alle Schreden, alle Leiden, die wir im Laufe von fünf Jahren erdulden mußten und die von ihnen wissenschaftlich verursacht wurden. Die Angeklagten haben hier erklärt, daß sie auch in Zukunft alle ihre Kräfte darauf richten wollen, jenes Werk, für das wir nun schon fünf Jahre lang kämpfen, zu vernichten. Wir haben das Recht auf Selbstschutz und Selbstverteidigung!

Der staatsanwältliche Kollege Klara Zeilins konnte keine Sache nicht schlechter führen. Denn es ist eine Lüge, daß das sogenannte Revolutionstribunal ein Organ des Klassenkampfes zur Befreiung der Arbeiter ist. Es ist vielmehr ein Klassengericht der bolschewistischen Machthaber, in deren Herrschaftsbereich das Proletariat eine so grauenhafte Unterdrückung erleidet wie sonst nirgends in der Welt. So wenig wir auch glauben, daß Aufstände eine Besserung der Lage des russischen Volkes bringen können, so wenig gestehen wir jenem sogenannten Revolutionstribunal das Recht zu, im Namen des Proletariats das Blut von Männern zu opfern, die aufrechte Kämpfer und wertvollere Menschen sind als diejenigen, die sie anklagen und die über sie zu Gericht sitzen.

Die Augen, die die Brust der Sozialrevolutionäre treffen, werden jede Sympathie der Arbeiter Europas für Sowjetrußland endgültig vernichten. Muß doch auch jedem deutschen Arbeiter der Kelch in den Hals gestiegen sein, wenn er in den letzten Tagen das bezahlte Hentlerblatt der Moskauer, die „Rote Fahne“, zu Gesicht bekam! Noch nie hat eine in deutscher Sprache erscheinende Zeitung so nach Todesurteilen und Hinrichtungen getreißelt und gezerrt wie dieses angebliche „Arbeiterblatt“. Wir wissen uns eins mit Millionen deutscher Arbeiter, wenn wir noch einmal einen Warnungsruf nach Moskau richten, der Blutherrschaft Einhalt zu tun und Menschenleben zu schonen!

Todesurteile gegen estländische Staatsbeamte.

Royal, 4. August. (DZ.) Der Prozeß gegen die Mitglieder der estländischen Optionskommission und ihre russischen Mischblutigen wegen Schmuggel und Spionage ist beendet. Neun Angeklagte sind zum Tode verurteilt worden, zwanzig zu Gefängnisstrafen, dreizehn sind freigesprochen. Der Abschluß des Prozesses brachte ein Kuriosum: das Revolutionstribunal wandte sich an das Volkstribunal für Auswärtiges mit der Forderung, gegen das estländische Außenministerium, den Kanzleichef des Kriegsministeriums und die früheren Vorsitzenden der Optionskommission eine Kriminalklage anzustrengen!

Italien vor Neuwahlen!

Mailand, 4. August. (EP.) Die „Idea Nazionale“ meldet, Ministerpräsident Facta habe vom König die Auflösung der Kammer verlangt. Der „Popolo d'Italia“ bestätigt die Nachricht.

Faschistenputsch in Mailand.

Mailand, 4. August. (EP.) Am Freitag abend nach 6 Uhr erstürmten die Faschisten das neue große Verlags- und Redaktionsgebäude des „Noanil“, vertrießelten es und steckten es in Brand. Polizei und Truppen zogen sich nach vergeblichem Widerstand vor der Uebermacht zurück, um Blutvergießen zu vermeiden. Eine weitere Verlängerung des Generalstreiks sowie neue Zwischenfälle sind zu befürchten. Das Verlagsgebäude des „Noanil“ war erst vor zwei Jahren erbaut und mit den modernsten Druckereianlagen ausgestattet worden. Der Schaden geht in die Millionen. Die sozialistische Stadtverwaltung wird durch die faschistische Besetzung an jeder Tätigkeit gehindert. Infolge der Besetzung des Rathauses stellte die Straßenbahn den ganzen Tag den Dienst wieder ein. In den ersten Morgenstunden des heutigen Tages erstürmten die Faschisten einen kommunistischen Klub. Am Sitz der kommunistischen Parteileitung nahm die Polizei Hausdurchsuchungen vor, um Schriften, in denen zu revolutionären Aktionen aufgefordert wird, zu beschlagnahmen. Es wurde aus den Fenstern auf die Faschisten geschossen, wobei es zahlreiche Verletzte gab, von denen mehrere im Sterben liegen. Ein Sanitätsgehilfe wurde getötet.

Die Regierung hat den Präfekten aufgefordert, Ordnung zu schaffen und er hat angekündigt, dafür sorgen zu wollen.

Rom, 4. August. (AZ.) Der Streikaustritt des Arbeiterbundes hat gestern mittag den Streikabbruch bestätigt und aufgefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. In Mailand haben die Industriellen am Donnerstag die Kuspertung über sämtliche Fabriken verhängt. In verschiedenen Arbeiterrevieren kam es zu lebhaften Zwischenfällen zwischen Sozialisten und Faschisten, bei denen etwa zwanzig Personen verletzt wurden. In Genua und Ancona gab es ebenfalls Zusammenstöße, wobei es mehrere Tote und Verletzte gab. In Livorno, wo an 10 000 Faschisten zusammengekommen sind, kam es auch zu Zusammenstößen. Der Faschistenführer wurde durch einen Revolveranschlag schwer verletzt. Daraufhin befehleten die Faschisten die Arbeitskammer, welche erst durch Militär wieder geräumt werden mußte. Die Regierung läßt versichern, daß sie überall die notwendige Ruhe in kürzester Zeit wieder herstellen wird. Die Kammer ist auf den 9. August einberufen worden.

Der neuen Regierung Facta gehört übrigens ein Sozialdemokrat nicht an; es handelt sich da um einen „sozialen Demokraten“, etwas ähnliches wie die französischen „Radikal-Sozialisten“.

Der Verein für das Deutschtum im Auslande eröffnete Freitag seine diesjährige Hauptversammlung. Nach dem Bericht des Vereins für das Jahr 1921 wurden in diesem Bericht 5 Millionen für Unterstützungen ausgegeben und 119 neue Ortsgruppen gegründet. Außerdem wurden über 450 Schulgruppen mit etwa 100 000 Mitgliedern gegründet. Der Verein konnte Ende 1921 einschließlich des Deutschen Schulvereins rund 2000 Orts- und Schulgruppen mit rund 360 000 Mitgliedern feststellen.

Das neue polnische Kabinett Nowak hat ein Vertrauensvotum mit 193 Stimmen der Linken, einer Hälfte des Zentrums sowie der Deutschen und Juden gegen 139 Stimmen der Rechten erhalten.

Von der griechisch-ägyptischen Front wird gemeldet, daß die Türken aus Aidin vertrieben und die Stadt eingeschloßen sind.

Der Sekretär de Valeras, Harry Boland, ist der bei seiner Gefangenahme erlittenen Verwundung erlegen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Arbeitszeit der Eisenbahner.

Die Stellungnahme der Spitzenverbände.

An der bürgerlichen Presse wird augenblicklich sehr viel über ein angebliches Arbeitszeitgesetz für die Eisenbahner berichtet. In Wirklichkeit ist, wie der Soz. Parlamentsdienst schreibt, in monatelangen Verhandlungen über die Verringerung der alten noch in Kraft befindlichen Dienstdauerbestimmungen beraten worden. Das Ergebnis ist in Form von Richtlinien unter dem Namen „Vorläufige Dienstdauerbestimmungen für das Betriebs- und Verkehrspersonal der Deutschen Reichsbahnen“ zusammengefaßt worden. Die Eisenbahnerverbände lehnten diese Richtlinien nach längeren Beratungen mit der Begründung ab, daß ihre Auffassung als Sachverständige in wesentlichen Punkten von der des Reichsverkehrsministeriums abweicht. Von den Spitzenorganisationen erklärten der „Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund“, der „Deutsche Gewerkschaftsbund“ und der „Gewerkschaftsring“ sich bereit, die Richtlinien vor ihren Mitgliedern mit den Vorbehalten zu vertreten, die in nachstehender Erklärung niedergelegt sind und am Freitag dem Reichsverkehrsministerium überreicht wurden:

Die unterzeichneten Spitzenverbände halten mit Rücksicht auf die besonderen, von den Verhältnissen der Industrie völlig abweichenden Betriebsverhältnissen der Reichsbahn und die Not der Gegenwart die von ihren Verhandlern mit den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums getroffenen Vereinbarungen über die Dienstdauerbestimmungen, die an Stelle eines Sondergesetzes treten, für eine geeignete Grundlage für die Dienstregelung des Betriebs- und Verkehrspersonals der Reichsbahn. Wir betonen jedoch ausdrücklich folgendes: Die Vorschriften müssen im Sinne der bei den Beratungen bekundeten Auffassung des Reichsverkehrsministeriums lokal durchgeführt und angewendet werden. Allen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung ist durch sorgfältige verständnisvolle Vorarbeiten vorzubeugen, und treten sie trotzdem auf, so ist auf ihre rasche Beilegung unter Vermeidung unnötiger Verschärfung durch alle beteiligten Stellen Bedacht zu nehmen. Die Dienstbereitschaft soll kein bequemes Ausweichmittel sein, vielmehr nur dann Anwendung finden, wenn wirtschaftlich vertretbare Nebenarbeiten nicht ausgetragen werden können. Bei der Zeitbestimmung für die einzelnen Diensthandlungen soll streng gerecht und ohne alle Ungerechtigkeit verfahren werden. Dem Aufenthalt in Diensträumen des Zugpersonals ist besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Dienstbereitschaft im Abfertigungsdienst soll nur bei einfachen Verhältnissen angewendet werden. Die vorgesehene Dienstpflichtzeiten können nur als vereinzelte gelegentliche Spitzenleistungen in Betracht kommen, um den Bedürfnissen des Betriebes und Verkehrs und den Wünschen des Personals bei der Gestaltung der Dienstpläne Rechnung zu tragen, z. B. zur Erzielung längerer Ruhezeiten, dienstfreier Sonntage u. m. Falls sich aus der Anwendung der Dienstdauerbestimmungen Härten oder Unzulänglichkeiten ergeben, müssen diese in neuen Verhandlungen des Reichsverkehrsministeriums mit den Eisenbahnerverbänden behoben werden.

Nicht angeschlossen haben sich dieser Erklärung der A. L. Bund und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund. Der Deutsche Beamtenbund zog es vor, zu den Schlussverhandlungen nicht zu erscheinen.

Der Kampf bei A. Wertheim beigelegt.

Der Zentralverband der Angestellten teilt uns mit: Der Streik in sämtlichen Warenhäusern der Firma A. Wertheim ist am Freitag durch Vergleich beigelegt worden. Die Arbeit wird am 5. August in vollem Umfange wieder aufgenommen. Die im Auslande befindlichen Arbeitnehmer versammeln sich am Sonnabend, dem 5. August, morgens 7 1/2 Uhr in den Kammersälen, Teltower Str. 1-4.

Gekränkte Kommunisten.

Jeder „Gewaltpraktiken im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten“ berichtete die „rote Fahne“ am Donnerstag morgen (Nr. 249). Es handelte sich um Vorgänge in der letzten Generalversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes am 2. August. Auf der Tagesordnung stand der Geschäftsbericht und die Tarifpolitik. Die kommunistischen Disziplinierungsrichter und Schlichter, die angeblich den Standpunkt der Opposition in sachlicher Weise zum Ausdruck brachten, benutzten die Gelegenheit, um, an der Sache vorbeigehend, kommunistische Propaganda zu treiben, indem sie über angebliche Schuld der SPD und der U.S.P.D. an der „zerbrochenen Einheitsfront“ der Arbeiterschaft sprachen und sonstige kommunistische Beschuldigungen aus der „roten Fahne“ vorbrachten, so daß sie wiederholt „zur Sache“ gerufen werden mußten.

Die SPD-Fraktion brachte dann eine Resolution ein, die sich im ersten Abschnitt zum Teil mit der Tarifpolitik beschäftigte, im zweiten Abschnitt aber dem U.S.P.D. und den beiden sozialistischen Parteien, der SPD und U.S.P.D., ein Mißtrauensvotum aussprach. Man versuchte mit dem ersten Teil der Resolution die Fliegen auf

den Seim zu locken, um dann, falls die Resolution angenommen würde, sich ins Häufchen darüber zu locken, daß man dem U.S.P.D. der SPD und U.S.P.D. eins ausgewischt hat.

Anfänge Saar brandmarkte in seinem Schlusswort die Praktik der SPD-Deute und betonte, daß ein solches Mißtrauensvotum sich gegen die Gesamtleitung des Zweigvereins als Anhänger der SPD und U.S.P.D. richte, so daß diese die Konsequenzen daraus ziehen müßten. Ein Mißtrauensvotum, das den U.S.P.D. und die beiden Parteien treffe, müsse auch die Leitung der Gewerkschaft treffen.

Während Kollege Sauer mit den SPD-Deuten abrechnete, benahm sich ein Anhänger der SPD, derartig renitent, daß der Versammlungsleiter Hennings die Versammlung befragen mußte, ob der Betreffende sein Treiben fortsetzen dürfe. Die Versammlung beschloß mit Mehrheit, daß der Kollege den Versammlungsraum zu verlassen habe. Da die Aufforderung des Versammlungsleiters sowie des Kollegen Sauer nichts nützte, ging letzterer auf den Störenfried zu, um von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen.

Anstatt nun als Versammlungsmitglied dem Versammlungsbeschlusse zur Geltung zu verhelfen, und den Vorstehenden sowie die Verwaltung darin zu unterstützen, fiel der Kommunist Richter dem Kollegen Sauer in den Arm, sah ihn in die Hände, schlug ihm ins Gesicht, und es entstand ein großes Handgemenge. Infolge der Besonnenheit der SPD- und U.S.P.D.-Deute ist es zu weiteren Ausschreitungen nicht gekommen.

Die ganze Affäre wird selbstverständlich noch innerhalb des Zweigvereins weitere Nachwirkungen haben. Die Mitglieder, die nicht der SPD angehören, haben keine Lust, sich fernerehin solches Treiben gefallen zu lassen.

Gegenüber dem „Haltet den Dieb“-Trieb der Kommunisten in der „roten Fahne“ sei bemerkt, daß die Organisationsleiter der freien Gewerkschaften nicht in der Anständerung Richtung, sondern in der Richtung Moskau zu suchen sind.

Lohnregelung im Groß-Berliner Holzgewerbe.

Für das Groß-Berliner Holzgewerbe wurde das letzte Lohnabkommen bis zum 15. August getroffen. Die katastrophale Geldentwertung brachte es jedoch mit sich, daß die festgesetzten Löhne den veränderten Verhältnissen nicht mehr Stand halten. Infolgedessen stellte der Deutsche Holzarbeiterverband an die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie für das laufende Lohnabkommen eine Aufgleicherforderung von 6 M. pro Stunde. Auf Grund dieser Forderungen fanden am 2. August Verhandlungen statt, wobei schließlich folgende Zulagen herauskamen:

Mit Wirkung vom 5. August an erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen folgende Zulagen pro Stunde:

im Alter über 30 Jahre	4,60 M.
„ „ „ „ „ 16-30 Jahren	3,50 „
„ „ „ „ „ 16-18 „	2,50 „

Trotz des minimalen Aufgeldes, jedoch mit Rücksicht auf das noch laufende Lohnabkommen, hat der Holzarbeiterverband diesem Angebot zugestimmt. Es gilt bis zum 15. August.

Zur Regelung der Löhne nach dieser Zeit treten die Parteien erneut zusammen.

Soweit die Lohnsätze für Durchschnittsarbeiter in Frage kommen, gelten für die Zeit vom 5. bis 15. August nachfolgende Tariflöhne, welche wir für die ersten Altersgrenzen angeben:

Für Facharbeiter	41,00 M.
„ Hilfsarbeiter	35,65 „
„ Facharbeiterinnen	28,65 „
„ Hilfsarbeiterinnen	24,45 „

Für Hilfsarbeiter sind die Zuschläge prozentual anzusetzen.

Das neue Lohnabkommen, das von den bevollmächtigten Vertretern beider Vertragsparteien unterzeichnet ist, wird in Druck hergestellt und ist im Verbandsbureau, Kungestraße 30, zum Selbstkostenpreis erhältlich. Soweit irgendwelche Unklarheiten für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes bestehen, wird Auskunft dortselbst erteilt.

Zeilaufstände in der Berliner Metallindustrie.

Neuer Streit bei Voßig.

Die PS-Korrespondenz berichtet: Nachdem der am 1. August ausgebrochene Streit der Heizer und Maschinenisten bei der Firma Voßig in Tegel am Mittwoch beigelegt worden war und am Donnerstag die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, ergaben sich gestern erneut Schwierigkeiten, die zu einer abermaligen Arbeitsniederlegung der Heizer und Maschinenisten führten. Um das Werk, das 6500 Arbeiter beschäftigt, vor der Stilllegung zu bewahren, wird der Dienst an den Kesseln und Maschinen von Ingenieuren und Personal versehen und so der Betrieb aufrechterhalten. Das Gerücht, daß die Technische Rathilfe zur Bedienung der Kessel eingesetzt worden sei, ist unwahr.

Der Streit der Einrichter in Siemensstadt, der im Elmo-Werk in Siemensstadt dauert ebenfalls noch an, doch ist damit zu rechnen, daß die augenblicklich noch schwebenden Verhandlungen mit den Vertretern einiger wichtiger Arbeitergruppen in Kürze zu einer Verständigung führen werden.

Die Daimlerwerke in Mariensfeld sind noch immer stillgelegt. Dazwischen ist auch ein anderer Betrieb der Berliner Metallindustrie, das Eisenwerk Hugo Hartung in Roabit, aus ähnlichen Gründen geschlossen worden.

Lohnbewegung der Asphaltarbeiter.

Die Asphaltarbeiter deren Stundenlöhne wesentlich hinter denen anderer hauptberuflicher Arbeiter zurückblieben, haben nach einem kurzen zwei Tage währenden Streik einen Erfolg erzielt. Durch gegenseitige Vereinbarung wurde eine Lohnzulage von 5 M. pro Stunde für den Monat Juli erzielt. Durch Verhandlungen, die am 2. August zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Vertreter des Verbandes der Asphaltare, stattfanden, wurden die Löhne für den Monat August um 0,50 M. pro Stunde erhöht. Die Löhne betragen demnach für den Monat August pro Stunde 8,4 M., 8,4, 50 M. für die Vorarbeiter 8,5, 50 M. und für die Handwerker 8,6 M. Die Vereinbarung, die am gleichen Abend stattfand, stimmte dem Abkommen zu.

Der Verbandsbeitrag für die Hauptklasse beträgt, ab 32. Woche — vom 7. August — 15 M.

Ristenmacher!

Infolge der weiteren Preissteigerung ist der Deutsche Holzarbeiterverband erneut an die Vereinigung der Ristenfabrikanten herangetreten, um den veränderten Wirtschaftsverhältnissen Rechnung zu tragen. Durch gegenseitige Vereinbarungen sind weitere Lohnzulagen für den Monat August gemacht worden. Die Löhne erhöhen sich für Ristenfabrikanten ab 6. 8. auf 45 M., ab 10. 8. auf 49 M. Die Löhne der Ristenmacher betragen für diese Zeit 48,50 M. bzw. 46,50 M. Als Aufschlagzulage werden gewährt ab 6. 8. 110 Proz., ab 10. 8. 120 Proz.

Wir wiederholen nochmals mit Hinweis, daß Ristenmacher und Kreislagenschnitzer noch in vorstehenden größerer Zahl zu Löhnen benötigt werden.

Kollegen, welche in diesem Fach fern sind, bitten wir, sich im Bureau des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Kungestraße 30, zu melden, um die noch freibleibenden Arbeitsplätze zu besetzen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband, Vertretungsstelle Berlin!

Rußland- und Georgienhilfe!

Bei der Gemeinnützigkeitskommission Berlin und Umgebung gingen gestern folgende Beiträge ein:

S. C. Th. Freund, Dresden, 200, J. Dr. Wagners, 10, J. C. Simon, 2, A. Knecht, 100, Verband der Gemeinbe- und Tischlerarbeiter, 2, Ritz, 1425,60, N. K. Gellert, 250, Gen. Konrad W. Richter bei Kettner 100, zwei Kollegen bei Frau, Karmeliter, 11 (1. Mai-Bericht) 217,80, Handbillschreiber bei E. Jürgen, 25, Kaufmannverein der Tischler, 20, Holzarbeiterverband 10 23,15, Bezirkskomitee des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Berlin 1000, Carl Stadt 10, Arbeiter der Feuerzettel-Fabrik, 60, Holzarbeiterverband 50 000, Hindener 30, Hermann Siehe durch Sozialistische Verlag 33, C. C. 5000, Verband der Rüstler 200,00, Arbeiter der frühkann Metallfabrikation 200, Frau Vöhl 50, von Kollegen des Reichsbund 200,10, Wolf 10, Sparverein „Gemein“ 50, Danziger Arbeiterverband 200,00, Kremsdorfer Arbeiterverband 15 000, Bezirksverband der U.S.P.D., am 1. März, 2047, Reichsbund, Berlinerstraße, 1800, Zentralschwarzarbeiterverband, auf 1000, 18 000, Kralin 10, Verband der Bauarbeiter 100, Reichsbund der Firma Trum & Co. 700, Otto Schmitt 30, J. N. Sum m 118 100,50 M. Bereits eingezahlt: 2 572 002,50 M. Gesamtsammler 2 400 134,85 M.

Geld durch die Post sind an die Adresse Hans Stieglitz, Berlin SO, 18, Engelstr. 24/25, zu richten.

Deutscher Holzarbeiterverband, Vollversammlung aller in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen heute nachmittags 7 1/2 Uhr im Hofes-Hallen, Bismarckstr. 17. Bericht von den Lohnverhandlungen. Am pünktlichen Erscheinen ersucht das Komitee der Arbeitnehmern-Organisationen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Komitee Bau- und Arbeitshilfsberuf, Vertrauensleute, Dolmetsch und Reichsbund, Deutscher, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr im Hofes-Hallen, Bismarckstr. 17, Funktionärsvorstellung. — Sonntag nachmittags 10 Uhr im Hofes-Hallen, Bismarckstr. 17, Vorstandsvorstellung. — Handbillschreiber aus allen Betrieben der Eisenindustrie, der Schienen-, Domänen- und Kapellenschnitzerei, Penz, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im Gemeinnützigkeitshaus, Tagesordnung: Stellungnahme und Beschlußfassung zur Lohnbewegung.

Zentralschwarzarbeiterverband, Restaurant- und Café-Angestellte, Wandern-, Gruppen- und Beiratsvereinigungen, Sonntag 11. August, Schöneberg, Schöneberg und Vögen: Sonntag 9 Uhr im Rindhaus, Riegelstr. 1. — Bezirk Wannsee: Sonntag nachmittags 12 Uhr bei Schmitt, Riegelstr. 24. — Branche IV, Gefäßler und Gefäßmacher: Dienstag nachmittags 11 Uhr im Rindhaus, Riegelstr. 2. — Gruppe Rantzen und Schenck-Verband: Dienstag 6 Uhr im Rindhaus, Riegelstr. 2. — Gruppe Mäntelchen: Mittwoch 7 Uhr im Rindhaus, Riegelstr. 2. — Branche VI, Holzbohrer und Zimmermänner: Mittwoch 8 Uhr im Rindhaus, Riegelstr. 2. — Gruppe Holzbohrer: Mittwoch 11 Uhr. — Gruppe Beschäftigten-Angestellter: Donnerstag nachmittags 1 Uhr bei Brändler, Zimmerstr. 10. — Bezirk Schöneberg: Donnerstag nachmittags 1 Uhr bei Zimmermann, Berliner, Ecke Waisenburger Straße. — Gruppe Metzger: Freitag, den 11. und Sonnabend, den 12. August, abends 8 Uhr, im Hofes-Hallen, Bismarckstr. 17, 11/12. In allen Versammlungen: 1. Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1922. 2. Stellungnahme zu den neuen Lohnverhandlungen. — Die Ortsverwaltung.

Berichte für den rechteil. Zeit: Franz Kührs, Berlin-Dahlemerstraße für Einzeln: H. Glöde, Berlin, Verlag Karmeliter-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Postwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 8, Circuit 1 Beilage.

Wenn Schmalhans Küchenmeister

nur nicht den Mut verlieren!
Makkaroni, Eiernudeln, Hörnle
sind billiger und nahrhafter als Fleisch und
sehr köchfertig.

Winkelhausen

die deutsche Weinbrandmarke

Stoffe für Herren und Damen

Kleiderstoffe, Ulsterstoffe, Mantelstoffe,
Sammet, Seide, Leinen und Baumwollstoffe

kaufen Sie durch meine günstigen Abschlüsse noch sehr billig!

Restbestände in Waschstoffen äusserst preiswert!

HANS PRANGE Berlin SO 36, Wiener Straße 15
Lieferant der Berliner Lehrer- und Beamten-Vereinigung
Telephon Moritzplatz 7443 am Görlitzer Bahnhof

Anzahlungen gestattet. Anzahlungen gestattet.
Straßenbahnlinien: 11, 12, 16, 18, 22, 32, 91, 93, 94, 98, 116. Hochbahnstation: Oranienstraße